

Sozialer # Fortschritt

Magazin der SPD-Fraktion im Landtag NRW

1/2020

#FairGehtMehr
#ZusammenWachsen
#DuBistEsWert

**„Wo Straßenausbaubeiträge
keine Gnade kennen“**

Reportage über einen Ortstermin

**„Hilfen für
Alleinerziehende“**

Interview mit einer Mutter

**„Für die Vielen,
nicht die Wenigen“**

Ein Essay von Thomas Kutschaty



Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten die erste Ausgabe von #SozialerFortschritt in den Händen – unser neues Magazin. Wir wollen Ihnen damit unsere Arbeit im Landtag NRW etwas näher bringen. Aber nicht, wie Sie das von politischen Publikationen dieser Art vielleicht sonst kennen. Nicht in Form von Rechenschaftsberichten oder Auflistungen parlamentarischer Initiativen, sondern mit Geschichten von und über Menschen, für die wir in NRW Politik machen.

Für die Vielen, nicht die Wenigen

Wir wollen damit zeigen, wer die Vielen in unserem Land sind. Die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die jeden Tag dafür sorgen, dass ein Rädchen in das andere greift. Die mit ihrer Arbeit das Leben in NRW täglich am Laufen halten. Die scheinbar Unscheinbaren, die Bescheidenen, die Ruhestifter, die Problemlöser – all die Menschen, die sich gegenseitig und damit uns allen den Rücken frei halten. Sie alle sind die Vielen.

Was genau wir damit meinen, lesen Sie in meinem Beitrag auf Seite **10**.

Natürlich finden Sie in diesem Magazin auch allgemeine Beiträge über Themen, die uns beschäftigen und die wir als SPD-Fraktion im Landtag NRW voranbringen wollen. Wir folgen dabei drei zentralen Leitmotiven, die uns in unserer Arbeit tagtäglich antreiben.

Was uns in unserer Arbeit leitet

Es geht uns um **Anerkennung** für das, was die Menschen in unserem Land leisten – jede und jeder für sich, auf ganz eigene Art und Weise. Das ist vielleicht nicht immer weltbewegend und für die große Show. Aber es hält im Inneren zusammen, sorgt dafür, dass der Alltag funktioniert. Was kann es Wichtigeres geben? Und trotzdem tun wir oft so, als sei das alles selbstverständlich. Als sei es selbstverständlich, dass sich Menschen nach langer Arbeitslosigkeit zurück in den Arbeitsmarkt kämpfen. Als sei es selbstverständlich, dass sich Familien mit Migrationsgeschichte auch nach Jahrzehnten gemeinsamen Zusammenlebens bei uns noch immer gegen vielfältige Formen von Diskriminierung zur Wehr setzen müssen.

Als sei es selbstverständlich, dass mir meine Getränkebestellung innerhalb von 120 Minuten frei Haus geliefert

wird. Das ist es alles nämlich nicht. Dahinter stecken viel Mut, Stolz, Durchsetzungskraft, Leistungsbereitschaft und Aufopferung. Und weil das so ist, müssen auch politische Rahmenbedingungen so sein, dass sie der täglichen Leistung jedes einzelnen mehr Respekt und Wertschätzung gegenüber bringen. Darum geht es bei unserem Leitmotiv **#DuBistEsWert** mit spannenden Beiträgen ab Seite **4**.

Errungenschaften im Kleinen tragen dann zum Fortschritt bei, wenn sie auf dem sozialen Zusammenhalt der Vielen fußen. Wer allerdings im ständigen Gegeneinander auf Vorteile zielt, erzeugt Unfrieden, der Erreichtes gefährdet. Wir wollen deshalb mit einem **Starken Staat** die Rahmenbedingungen für das soziale Miteinander setzen. Es geht uns u.a. um ein Recht auf bezahlbares Wohnen, Zukunftsinvestitionen durch gerechte Besteuerung und eine soziale Gestaltung der drängenden Klima-, Energie- und Mobilitätsfragen. Wir sind überzeugt: **#FairGehtMehr**. Und darum geht es in unseren Beiträgen auf den Seiten **14 bis 19**.

„**Empowerment**“ ist die Befähigung zur eigenen Stärke. Wir sagen oft auch Chancengleichheit dazu. Hürden, die manchen (Vielen) mehr im Weg stehen als anderen (Wenigen), wollen wir beiseite räumen. Das gilt für Bildungschancen genauso wie für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Unter das Leitmotiv **#ZusammenWachsen** fassen wir all unsere Initiativen, die den Vielen in unserem Land dabei helfen sollen, wachsen zu können – am besten über sich hinaus. Wir alle zusammen stehen dabei in der Verantwortung für jeden Einzelnen. Mit dem Ziel, auch als Gesellschaft wieder stärker zusammenzuwachsen. Auf den Seiten **20 bis 26** haben wir dazu ein paar Geschichten aufgeschrieben.

#SozialerFortschritt ist, wenn alle etwas davon haben.

Sollte es wirklich so einfach sein? Dann lassen Sie uns damit starten. Viel Spaß bei der Lektüre.

Ihr Thomas Kutschaty
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW

Inhalt

0 1
2 0 2 0



Wie Markus Fees im Sozialen Arbeitsmarkt Fuß gefasst hat



Warum wir für ein Paritätsgesetz sind



Straßenausbaubeiträge kennen keine Gnade

- 5** **#DuBistEsWert**
„16i ist für mich Level 3“
Der Soziale Arbeitsmarkt ist ein sozialdemokratischer Meilenstein. Markus Fees hat davon profitiert.
- 8** **Drei Generationen**
Aus dem Leben einer Familie mit Zuwanderungsgeschichte.
- 9** **Hilfen für Alleinerziehende**
- 10** **#SozialerFortschritt**
„Für die Vielen, nicht die Wenigen“
Ein Essay von Thomas Kutschaty.
- 15** **#FairGehtMehr**
Wo Straßenausbaubeiträge keine Gnade kennen
- 16** **Faires NRW**
Erfahrungsberichte über unsere Jugendwerkstatt.
- 17** **Eine Energiewende, die funktioniert**
- 18** **Kostentreiber Miete**
Wie wir Wohnen wieder bezahlbar machen wollen.
- 19** **Die Stichwahl bleibt/ Der Altschuldenfonds muss her**

- 21** **#ZusammenWachsen**
„Hier bin ich“
Frauen an die Hälfte der Macht.
Warum wir für ein Paritätsgesetz sind.

- 23** **New Deal für die Bildung/ Investitionsprogramm für NRW**

- 24**  **„Wir unterrichten zuerst Kinder, dann Mathe“**
Interview mit Schulleiter Martin Süsterhenn über den schulscharfen Sozialindex.

- 26** **Kita: Nach der Reform ist vor der Reform**
Warum das KiBiz immer noch Mumpitz ist und Kitas nicht weiter auf Sand gebaut werden dürfen.

- 27** **#LtnRW**
Pulver verschossen
Eine kritische Halbzeit-Bilanz der Regierung Laschet.

- 30** **Wie rechte Netzwerke funktionieren**

- 32** **Impressum**

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Lisa-Kristin Kapteinat

Arbeits- und Sozialpolitik, Gesundheit, Integration
lisa-kristin.kapteinat@landtag.nrw.de

Sven Wolf

Innere Sicherheit
sven.wolf@landtag.nrw.de

Christian Dahm

Kommunales, Umwelt, ländlicher Raum
christian.dahm@landtag.nrw.de



Markus Fees im Wicked Woods



► 16i ist für mich Level 3◄

Der Soziale Arbeitsmarkt ist ein sozialdemokratischer Meilenstein. Lange hat die SPD-Fraktion dafür gekämpft und parlamentarische Initiativen dazu gestartet. In Nordrhein-Westfalen profitieren davon in 2019 rund 12.000 Menschen. Einer von ihnen ist Markus Fees (40).

In seinem schwarzen Hoodie und dem leicht angedeuteten Iro sieht Markus Fees aus wie der Prototyp eines Skaters. Alles an ihm passt hier hin – hier ins Wicked Woods auf der Langobardenstraße in Wuppertal. Sein Aussehen, seine Haltung, sein freundliches und lockeres Wesen. Wir sitzen uns im Büro der Verwaltung bei einer Tasse Filterkaffee gegenüber, aus der Halle nebenan hört man die Reifengeräusche der BMX-Räder. Im Wicked Woods ist heute Biker-Tag.

Seit 2017 arbeitet Fees jetzt im Wuppertaler Skatepark. Zuerst als

AGH-Kraft, seit Mitte 2019 als 16i. Beides versteht man nur, wenn man sich mit dem Sozialgesetzbuch auskennt. Abkürzungen, Zahlen. Sie werden dem Menschen Markus Fees in keiner Weise gerecht.

Markus Fees war lange Zeit arbeitslos. Im Fachjargon würde er deshalb als „Langzeitarbeitsloser“ bezeichnet. Wieder so eine Chiffre, hinter der die individuelle Geschichte eines Menschen in den Hintergrund gerät. Und so sitzen wir uns also im Verwaltungsbüro des Wicked Woods bei einer Tasse Kaffee gegenüber und

fragen Markus Fees, wie das alles gekommen ist.

Schon seine Kindheit scheint nicht einfach gewesen zu sein. Auch wenn er das selbst so nicht sagt. Aufgewachsen bei Pflegefamilien, Heimaufenthalte, immer an anderen Orten: Wuppertal, Minden, Berlin, Wülfrath und dann wieder Wuppertal. Dort macht er seine Mittlere Reife an einer Realschule, jetzt kann er eigentlich durchstarten. Doch seine Ausbildung zum Kfz-Mechaniker bricht er drei Monate vor dem Abschluss unvermittelt ab. „Alles war interessanter damals. Musik, E-Gitarre, Hip-Hop“, sagt er. Und so stand er da – ohne Gesellenbrief. Das war nicht gut. Aber es kam schlechter.

Mit 19 wird Markus Fees sehr früh Vater. Über das, was dann kam, will er nicht reden. Ein Schicksalsschlag, eine negative Wendung im Leben, die alles verändern und jedem passieren kann. Der Alkohol wird sein Begleiter, später kommen auch härtere Drogen dazu. ►►

Sein Körper leidet, seine Seele auch. Er isst immer weniger, baut immer mehr ab. „Ich war in einem ‚Ich-mach-mich-kaputt-Modus‘, sieben, acht Jahre ging das so.“

Mit Gelegenheitsjobs hält er sich in der Zeit über Wasser, arbeitet hier und da an Tankstellen, bezieht Hartz IV. Wegen kleinerer Straftaten bekommt er 2008 Sozialstunden aufgebremst. Fees geht nach Leverkusen zur Lebenshilfe. Hier wird er zuerst im Hausmeisterbereich eingesetzt, später kann er auch in der Betreuung aushelfen. Das gefällt ihm – da merkt er, dass er gern mit Menschen arbeitet. Er bekommt sogar die Chance auf eine Teilzeitanstellung.

Aber er fasst auch hier nicht Fuß. Er geht zurück nach Wuppertal, lässt die Dinge schleifen, trinkt wieder, verliert 2013 seinen Führerschein.

Dann lernt er seine jetzige Lebensgefährtin kennen. Sie bringt ein Kind mit in die Beziehung. Das ändert für Markus Fees alles. „Das war mein Umbruch“, sagt er. „Gerade bei einem Kind, da musst Du doch was Gutes vorleben. Da habe ich mir gedacht: Bis hierhin und nicht weiter, jetzt muss ein Cut her.“

Markus Fees ist ein selbstbewusster Mensch. Seine Geschichte erzählt er erhobenen Hauptes. „Nichts, wofür ich mich verstecken müsste“, sagt er. Augenhöhe ist ihm sehr wichtig. Im Wicked Woods ist man ihm vom ersten Moment an genauso begegnet. Mit Anerkennung und Wertschätzung. In die Einrichtung des Wichernhauses ist er über das Jobcenter gekommen. „Da war eine wirklich tolle Frau, die ist auf mich eingegangen. Wollte wissen, was ich erlebt habe, was mich begeistert. Und dann schlug sie die Stelle im Skatepark vor. Ich hab sofort zugegriffen.“

Im Oktober 2017 hat er dort seinen ersten Tag, zunächst als AGH-Kraft. AGH steht für „Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung“ – auch besser bekannt als 1-Euro-Job. Markus Fees arbeitet 30 Stunden die Woche, bekommt 1,50 Euro pro Stunde. „Das war Level 1 für mich“, sagt Fees. Er hat sich ein eigenes Level-System geschaffen. Als sein Chef ihn fragt, ob er nicht

► **Gerade bei einem Kind, da musst Du doch was Gutes vorleben. Da habe ich mir gedacht: Bis hierhin und nicht weiter, jetzt muss ein Cut her.** ◀◀



auch Anleiter sein möchte, steigt er eine Stufe höher. Das ist Level 2 für Fees, 39-Stunden-Woche, 2,50 Euro die Stunde.

Und dann kommen 2018 die ersten Nachrichten über ein geplantes Teilhabechancengesetz der Bundesregierung – den sogenannten Sozialen Arbeitsmarkt. Es geht darum, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Ein Baustein dieser Regelung sieht vor: Unternehmen, die Personen einstellen, die mehr als sechs Jahre arbeitslos sind, erhalten in den ersten beiden Jahren einen Lohnkostenzuschuss von 100 Prozent. In jedem weiteren Jahr verringert sich der Zuschuss um 10 Prozent. Die Förderung dauert maximal fünf Jahre. Geregelt über § 16i des Sozialgesetzbuches II. Auch die SPD-Fraktion im Landtag NRW hat sich dafür stark gemacht.

Für Markus Fees und das Wicked Woods sind das sehr gute Nachrichten. „Da habe ich meine Chance gesehen, endlich wieder einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen zu können. Das musste klappen.“ Und es klappte. Anfang 2019 tritt das Teilhabechancengesetz in Kraft. „Das war für mich das nächste Level. 16i ist Level 3.“

Man merkt Markus Fees den Stolz an, wenn er seine Geschichte erzählt. Es ist eine Geschichte der zweiten und vielleicht sogar der dritten Chance. Sie wurden ihm gegeben. Er hat sie aber auch genutzt. „Wenn man sich von ganz unten wieder nach oben arbeitet, wenn man sich wieder in den Griff gekriegt hat, das ist doch was“, sagt er. Chancengleichheit ist eben nicht nur beim Start ins Leben entscheidend. Sie muss auch für die gelten, die in ihrem Leben Probleme und Schicksalsschläge verarbeiten müssen.

Im Wicked Woods wird es zunehmend voller. Die Biker fliegen in der Halle durch die Lüfte. Markus Fees steht mit-tendrin. Er ist einer von ihnen. Er gehört hier hin. Auf die Frage, was er sich als Nächstes wünscht, antwortet er: „Über Weihnachtsgeld würde ich mich freuen. Auch wenn es nur 50 Euro wären. Und ein Arbeitsvertrag inklusive Arbeitslosenversicherung. Das wäre Level 4.“

Unsere Initiativen für den Sozialen Arbeitsmarkt

► Werkstattgespräch „**Perspektive Sozialer Arbeitsmarkt**“ (10.7.2018)

► Plenarantrag „**Guter Start in den Sozialen Arbeitsmarkt in NRW – schwarz-gelbe Landesregierung muss alles geben, um Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen**“ (Drucksache 17/6589)



► **Wenn man sich von ganz unten wieder nach oben arbeitet, wenn man sich wieder in den Griff gekriegt hat, das ist doch was!** ◀◀

Drei Generationen

Aus dem Leben einer Familie mit Zuwanderungsgeschichte



Elida Baran ist 16 Jahre alt. Sie ist hier geboren und aufgewachsen, genau so wie ihre Mutter Alev. Elida ist Deutsche, per Definition hat sie keinen Migrationshintergrund. In ihrem Alter sollten der jungen Frau alle Türen offen stehen. So einfach ist es aber nicht.

Elidas Großmutter, Nurten, kam 1976 nach Deutschland, kurz nachdem sie ihren Mann Musa Yildiz heiratete. Er war zwei Jahre zuvor nach Deutschland gekommen. Sein Onkel und sein Cousin waren da bereits als Gastarbeiter im Land. Zusammen lebten sie in einer kleinen Wohnung, anfangs gemeinsam mit einer anderen Familie. Jede Familie hatte ein Zimmer für sich. Die Küche wurde geteilt. Es war nicht einfach, doch Nurten und Musa fanden sich gut mit den Verhältnissen zurecht. Er fuhr für lange Wechselschichten unter Tage ein, sie kümmerte sich um den Haushalt – keine ungewöhnliche Arbeitsteilung damals im Ruhrgebiet.

Für Nurten waren das in den ersten Jahren hier nicht einfach: Tagsüber war sie oft auf sich allein gestellt, das Lernen einer neuen Sprache gestaltete sich schwierig, der gemeinschaftliche Anschluss im Alltag folglich ebenso. Auch die Heimat vermisste Nurten sehr. Trotzdem habe sie sich immer willkommen gefühlt: „Die Stimmung uns gegenüber war gut. Als eine deutsche Familie in die Wohnung über uns gezogen ist, habe ich mich sofort gut mit der Frau verstanden. Ab da an wurde alles ein bisschen einfacher. Die Gespräche und der Kontakt mit der Nachbarin haben mir sehr geholfen.“

Ein Jahr nach der Heirat kam Alev auf die Welt, danach noch vier weitere Kinder. Alev ist heute 42 und wohnt mit ihrem Mann, Tarkan, und ihren Kindern Elida und Umutcan in Lünen. Sie ist sehr dankbar und stolz auf das, was ihre Mutter und ihr Vater geleistet haben. Schließlich gab ihr das die Chance, über ihren Realschulabschluss eine Lehre als Arzthelferin abzuschließen. 2017 legt Alev nach, als sie die Prüfung zur Kauffrau für Büromanagement machte.

Eigene Diskriminierungserfahrungen machte sie in all den Jahren nicht, wie sie sagt: „Ich wurde noch nie diskriminiert. Auch als es ins Berufsleben ging, hatte ich nie das Gefühl, außen vor zu sein“, ergänzt aber: „Viel

größere Sorgen mache ich mir um die Generation nach mir.“ Sie nimmt zunehmend eine fremdenfeindliche Stimmung in Deutschland wahr: „Ich habe das Gefühl, dass meine Tochter sich dreimal mehr beweisen muss als Kinder mit einem deutschen Nachnamen. Die Konkurrenz ist heutzutage sowieso schon so groß. Elida ist sehr fleißig. Es ist nicht fair, dass sie allein wegen ihres Nachnamens schlechtere Chancen hat.“

Bald ist Elida mit der Schule fertig. Für sie hat der Abschluss gerade oberste Priorität: „Ich weiß zwar noch nicht genau, was ich mal werden will – aber ich will auf jeden Fall unabhängig sein.“

Ja, sie rede mit ihrer Mutter manchmal darüber, wie unfair es ist, abgestempelt zu werden. Dass es scheinbar keine Rolle spiele, wie hart ihre Familie für dieses Land gearbeitet hätte. Bald stehen die Bewerbungen an. Elidas Hoffnung: „Dass ich dann an meinen Leistungen gemessen werde und meine Bewerbung nicht direkt weggelegt wird, wenn sie meinen Nachnamen sehen.“

Elida Baran, Alev Baran und Nurten Yildiz – drei Frauen aus drei Generationen: Jede von ihnen mit eigenen Herausforderungen, die im Laufe der Zeit nicht kleiner geworden sind.

Landesweite Koordinierungsstelle gegen Rassismus und Diskriminierung

„Mehmet“ muss sich vier Mal häufiger bewerben als sein gleichqualifizierter Mitbewerber „Martin“. Für Familie „Öztürk“ ist die Wohnung bereits vergeben, während Familie „Schmitz“ eine Einladung zur Besichtigung erhält. Auch im Bildungssystem sieht es nicht besser aus.

Schülerinnen und Schüler erhalten aufgrund ihres Namens schlechtere Noten in der Schule. Diese und viele weitere Formen von Diskriminierung und Rassismus sind in Deutschland bittere Realität. Rassismus und Diskriminierung sind nicht nur eine Bedrohung für

die Opfer, sondern für die Gesamtgesellschaft. Sie bedrohen ein friedliches Zusammenleben und stehen in einem krassen Kontrast zu einer offenen und demokratischen Grundordnung. Die Arbeit der bereits bestehenden 13 Servicestellen gegen Diskriminierung wollen wir

durch neue Rahmenbedingungen strukturell verbessern. Daher haben wir mit einem Plenartrag (Drucksache 17/7913) die Landesregierung dazu aufgefordert, eine landesweite Koordinierungsstelle gegen Rassismus und Diskriminierung in NRW einzurichten.

Hilfen für Alleinerziehende

Alleinerziehende Mütter und Väter sind häufig finanziell schlechter gestellt als Eheleute mit Kindern. Eine aktuelle Auswertung des DGB kommt zu dem Ergebnis, dass 45 Prozent der Alleinerziehenden in NRW auf den Bezug von Hartz IV angewiesen sind. Hinzu kommt, dass Sozialleistungen und Unterhaltszahlungen in den meisten Fällen mit den Einkommen aus Erwerbstätigkeit verrechnet werden. Auch profitieren Alleinerziehende nicht vom Ehegattensplitting oder der beitragsfreien Ehegattenversicherung der gesetzlichen Krankenkassen.

Hier ist dringend mehr staatliche Verantwortungsübernahme gefragt. Denn neben den Eltern sind es vor allem die Kinder, die durch mangelnde soziale Teilhabe und geringere Bildungschancen benachteiligt sind. Ihre Aufstiegschancen fallen entsprechend schlechter aus. Deshalb haben wir mit einem Plenartrag (Drucksache 17/6254) einen 16 Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog vorgeschlagen, der vor allem in den Bereichen Zeitsouveränität, Kinderbetreuung und Berufsperspektive Verbesserungen für Alleinerziehende schaffen soll. Neben steuerlicher Entlastung sollen auch Gutscheine für haushaltsnahe Dienstleistungen sowie gebündelte Auszahlungstermine für Kinder-, Wohn- und Ausbildungsgeld das Leben alleinerziehender Familien erleichtern. Auch die Einführung einer Kindergrundsicherung (Plenartrag, Drucksache 17/6253) würde zu erheblicher Entlastung beitragen.

In NRW war laut Statistischem Bundesamt 2018 fast jede fünfte Familie eine Ein-Eltern-Familie. Mit fast 90 Prozent seien die meisten Alleinerziehenden Mütter. 461 000 Kinder unter 18 Jahren wuchsen demnach 2018 in NRW in alleinerziehenden Familien auf.

„Die Folgen merke ich noch heute“

Gabi Gernholz ist 64. Sie ist Frührentnerin und Mutter von ihrem erwachsenen Sohn, den sie von Anfang an ganz alleine großgezogen hat. Für uns blickt sie zurück auf die vielen Hürden, die sie in ihrem Leben überwinden musste.

Frau Gernholz, wie war Ihre Situation, als sie damals schwanger wurden?

Ich war 29, arbeitete in Vollzeit als Medizinisch-technische Assistentin in einem großen Klinikum in Duisburg und war in einer festen Beziehung. Wir wollten beide ein Kind, doch noch vor der Geburt unseres Sohnes verließ mich der Vater. Ab da war ich absolut auf mich alleine gestellt.

Was bedeutete das für Sie?

Ich habe damals zwar zehn Monate Erziehungsurlaub bekommen, aber danach ging es für mich sofort wieder in die Berufstätigkeit – und das in Vollzeit. Mein Kind ist dann in die Kita gegangen, und ich hatte ein wahnsinnig schlechtes Gewissen ihm gegenüber. Aber der Vater hat mir keinen Unterhalt gezahlt. Ich hatte also keine andere Wahl.

Der berufliche Wiedereinstieg ging also von Null auf Hundert, wie war das?

Ich hatte nie Pause. Mutter zu sein – zumal alleinerziehend –, bedeutet Arbeit rund um die Uhr. Dazu noch ein Job, bei dem ich jeden Tag körperlich und emotional an meine Grenzen gegangen bin. Ich hatte immer das Gefühl, dass ich keiner der beiden Rollen voll entsprochen habe. Wenn mein Kind in der Kita war, bin ich arbeiten gegangen. Mit den Gedanken war ich aber natürlich trotzdem noch bei ihm. An dieser Zerrissenheit bin ich oft verzweifelt. Nach der Einschulung musste ich das erste Mal krankheitsbedingt längerfristig aufhören zu arbeiten. Ich konnte einfach dem Druck nicht mehr standhalten.



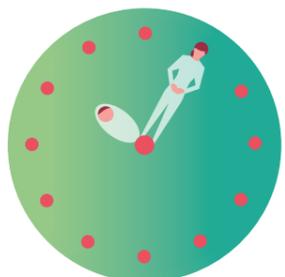
„Zeit – Zeit hat mir am meisten gefehlt.“

Das ist nun schon einige Jahre her, spüren Sie heute noch die Konsequenzen aus der damaligen Zeit?

Ja, die Folgen spüre ich heute in gewissen Maßen sogar noch deutlicher als damals. In meinem Berufsleben bin ich mehrmals für längere Zeit ausgeschieden. Die alleinige Verantwortung für ein Kind, die volle finanzielle Verantwortung, der harte Job. Das alles geht nicht spurlos an einem vorbei. Meine Rente fällt heute deutlich kleiner aus, als das mit einem lückenlosen Lebenslauf der Fall wäre. Den Preis für die harte Zeit bezahle ich also noch heute.

Was hätte aus Ihrer Sicht anders laufen sollen?

Auch wenn es damals wie heute schwer ist, ich habe einen wunderbaren Sohn. Ich habe gelernt, dass man mit echter Frauen-Power alles schaffen kann. Ich bereue nichts. Aber ich hätte definitiv mehr Unterstützung gebraucht. Zum Beispiel jemanden, der mir bei der Wäsche geholfen hätte oder beim Einkaufen. Auch mentale Unterstützung wäre wichtig gewesen für mich. Und Zeit – Zeit hat mir am meisten gefehlt.





#SozialerFortschritt: Für die Vielen, nicht die Wenigen!

Was uns in unserer parlamentarischen Arbeit
im Landtag NRW leitet

Von Thomas Kutschaty

Die Aussage stammt ursprünglich aus einem Gedicht. Erschienen ist es 1832. Sein Verfasser Percy Bysshe Shelley hatte es allerdings bereits 1819 geschrieben – in Folge des sogenannten Peterloo Massaker auf dem St. Peter's Field bei Manchester. 15 Menschen waren bei dem Massaker getötet worden, über 400 wurden verletzt. Schätzungsweise 60.000 bis 80.000 Menschen demonstrierten damals friedlich gegen geltende Getreidezölle und für eine

Parlamentsreform. Die lokalen Behörden wollten die Kundgebung jedoch auflösen und ihre Anführer verhaften lassen. Als sich (wohlgemerkt: unbewaffneter) Widerstand dagegen regte, griff die Kavallerie ein. Es kam zu der blutigen Attacke, für die der Manchester Observer in Anlehnung an die Schlacht von Waterloo die Bezeichnung „Peterloo Massaker“ geprägt hat. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse schrieb Percy Bysshe Shelley sein Gedicht „The Masque of Anarchy“ (deutsch: „Der Maskenzug der Anarchie“). Es gilt als

Ursprung des politischen Appells nach gewaltfreiem Widerstand. Seine letzte Zeile wurde zum Leitspruch der Aufständischen und für friedliche Demonstrationen weltweit. „Ye are many – they are few“ hörte man 1909 in New York beim Streik von 20.000 ausgebeuteten Näherinnen, 1989 auf dem Tian'anmen-Platz in Peking, als die demonstrierenden Studenten die letzten Strophen des Gedichts sangen, 1990 bei der Protestkampagne gegen die sozial ungerechte Poll Tax in England, 2011 bei den Demonstrationen gegen Präsident Mubarak auf dem Tahrir-Platz in Kairo. Und auch die britische Labour-Partei hat eine abgewandelte Version der Aussage zum zentralen Slogan ihrer Kampagne genutzt: „For the Many, not the Few“.



Der Sinnspruch vereint stets Hoffnungen auf und Forderungen für eine bessere soziale Zukunft. Wir haben ihn deshalb in abgewandelter Form ins Deutsche übersetzt:

„Für die Vielen, nicht die Wenigen.“

Der Markt hat versagt

Megatrends und Umbrüche (Globalisierung, Klima, Rückkehr des Nationalismus, Digitalisierung) führen zunehmend zu gesellschaftlichem Stress. Bürgerinnen und Bürger beklagen zurückgehendes gesellschaftliches Vertrauen und steigenden Egoismus. Nicht ohne Grund, denn die politischen Diskussionen der vergangenen Jahre in Deutschland und auch in NRW waren von Versuchen geprägt, Menschen mit vielen gemeinsamen Interessen und Werten in konkurrierende Gruppen und Minderheiten aufzuspalten.

Immer mehr beklagen, dass der Zusammenhalt in der Gesellschaft weniger geworden ist. Insgesamt 75 Prozent haben das in einer Studie gesagt, die im August 2019 von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben wurde. 75 Prozent! Ein Wert, der uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf den Plan rufen muss.

Viele Menschen haben die Sorge, dass aus dem Miteinander mehr und mehr ein Gegeneinander wird. Der Mangel an gegenseitigem Respekt, der Mangel an Wertschätzung für das Gute, was im Alltag und im Leben geleistet wird, dieser Mangel treibt viele um.

Schon wenn man nur einen Tag bei der Müllabfuhr mitarbeitet, erfährt man, wie respektlos die Beschäftigten dort behandelt werden. Das gilt auch für unsere Beamten im öffentlichen Dienst – für Polizistinnen und Polizisten genauso wie für Rettungskräfte.

In Nordrhein-Westfalen kann man Putzkräfte in Krankenhäusern treffen, die 200 Quadratmeter Patientenzimmer in der Stunde reinigen müssen. Das schafft kein Mensch. Und weil das so ist, wird keine Reinigungskraft mehr in Vollzeit angestellt. Sondern nur noch Teilzeitkräfte!

Im gleichen Krankenhaus trifft man auf die Beschäftigten des Küchenpersonals, die Essen für die Patienten zusammenstellen müssen. Pro Tablett haben sie fünf Sekunden. Fünf Sekunden, um jedes Essen für jeden Patienten mit seinen Erkrankungen, Unverträglichkeiten und Allergien abzugleichen.

Wenn man die Verantwortlichen in diesen Krankenhäusern fragt, ob die hohe Zahl von Menschen, die jedes Jahr in deutschen Krankenhäusern an resistenten Keimen erkranken oder an Lebensmittelunverträglichkeiten Schaden nehmen, etwas mit diesen schlechten Arbeitsbedingungen zu tun hat, dann bekommt man eine nüchterne Antwort: „Klar!“.

Natürlich hat das mit den Arbeitsbedingungen zu tun, dass sich jedes Jahr Hunderttausende Menschen durch multiresistente Keime in Deutschland infizieren und zehntausende sogar sterben. Mit wenig Geld könnten die Arbeitsbedingungen verbessert werden, was wiederum vielen Patienten zugutekommen würde. Gerade die Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich zeigen, dass der Markt eben nicht alles regelt. In manchen Bereichen muss der Markt geregelt werden.

Viele Menschen spüren jeden Tag das Versagen des Marktes! Obwohl unser Land zehn Jahre Aufschwung hinter sich hat, ist die Verunsicherung groß. Gute Arbeitsplätze in der Industrie und Wirtschaft gehen verloren. Bayer, ThyssenKrupp, Kaufhof, Karstadt und Siemens bauen insgesamt mehrere tausend Arbeitsplätze vor allem auch in NRW ab. Industriefacharbeiter fürchten, dass die digitale und ökologische Revolution ihre Arbeitsplätze gefährdet. Daneben entstehen immer mehr Arbeitsplätze mit Zeitverträgen und im prekären Bereich. Es gibt Paketbotinnen und Paketboten, die gerade einmal auf einen realen Lohn von fünf Euro die Stunde kommen – brutto.

In unseren Großstädten sind die Mieten so stark gestiegen, dass sich nicht nur Geringverdiener, sondern auch Menschen mit durchschnittlichen Gehältern das Leben in ihrer Heimat nicht mehr leisten können.

Viele Eltern fürchten, dass gute Bildung ein knappes Gut geworden ist, das noch dazu in einem Nullsummenspiel verteilt wird: Was den einen Kindern an Bildungschancen gegeben wird, muss den anderen genommen werden.



Es gibt Millionen Deutsche aus der Arbeiter- und Mittelschicht, die trotz des Aufschwungs nicht das Gefühl haben, ihnen sei jemals etwas geschenkt worden. Im Gegenteil.

Die Vermögensungleichheit in Deutschland ist die zweithöchste in der Eurozone. Laut DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) besitzen die 45 Reichsten Deutschen mehr als die Hälfte der übrigen Bevölkerung.

Vor allem die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen haben vom Wirtschaftswachstum zu lange nicht profitiert. Im Jahr 2015 waren die realen Bruttolöhne der unteren 40 Prozent zum Teil deutlich niedriger als 1995. Ihrer harten Arbeit zum Trotz müssen sie miterleben, wie ihren Leistungen die materielle Anerkennung vorenthalten wird.

Die Rede ist von Pflegerinnen und Pflegehelfern, von Verkäuferinnen und Köchen, von Wach- und Sicherheitspersonal, von Erzieherinnen, Reinigungskräften und Lieferanten.

In allen genannten Berufen und Branchen arbeiten Frauen, Männer, Christen, Muslime und Atheisten, Menschen mit Migrationsgeschichte und ohne, vom Land und aus der Stadt.

Bei allem, was sie unterscheiden mag, sind sie doch in vielem gleich. Sie sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Mieterinnen und Mieter, Eltern und Großeltern.

Sie sind die Vielen in unserer Gesellschaft. Sie alle gehören zu den Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern dieses Landes. Ihre gemeinsamen Interessen gilt es herauszustellen und zu vertreten.

Bis in die politische Mitte hinein wird der Versuchung nachgegeben, diese Menschen gegeneinander auszuspielen. Zuweilen auch von dieser Landesregierung. Doch das ist grundfalsch.

Denn die Schülerinnen und Schüler der Klimaschutzbewegung sind eben nicht die Gegner von Stahlarbeitern oder Karosseriebauern. Auch Stahlkocher wollen Klimaschutz, und die Klimaschützer wollen gute und sichere Arbeitsplätze. Bringen wir sie zusammen. Das ist möglich.

Wenn wir es richtig machen, dann wird dank der ökologischen und digitalen Revolution ein neuer, nachhaltiger Wohlstand entstehen – vorausgesetzt der Staat investiert selbst massiv in ein neues Energiesystem, in neue Verkehrssysteme, in digitale Netze und ökologische Technologien.

Aus ökonomischem und ökologischem Wandel sozialen Fortschritt machen

Die wachsende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen, aber auch die ungleichen Lebens- und Bildungschancen versetzen unsere Gesellschaft immer mehr in Stress.

Gerade jetzt ist eine Sozialdemokratie gefragt, die gegensteuert. Im nordrhein-westfälischen Landtag kämpfen wir deshalb dafür, dass aus ökonomischem und ökologischem Wandel sozialer Fortschritt wird, der den Vielen zugute kommt.

Chancen und „Empowerment“ sind dabei die wichtigsten Grundlagen eines Bundeslandes, das sozialen Fortschritt erfolgreich voranbringen möchte.

Der soziale Aufstieg darf aber kein Wettbewerb sein, in dem sich jeder selbst überlassen bleibt und bei dem nur die Stärksten gewinnen. Wer Freiheit so versteht, hat Freiheit nicht verstanden.

Das Beste aus dem eigenen Leben machen können – dieses Versprechen muss wieder für alle Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens gelten, nicht nur für wenige Privilegierte (oder privilegierte Netzwerke). Wir wollen **#ZusammenWachsen** möglich machen und die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Dazu gehören gebührenfreie und solide finanzierte Kitas genauso wie ein schulscharfer Sozialindex, mit dem die besten und mehr Lehrerinnen und Lehrer an denjenigen Schulen eingesetzt werden, wo die Herausforderungen am größten sind. Auch die Förderung des längeren gemeinsamen Lernens soll wieder in den Mittelpunkt unserer Politik. Das ist das Gegenteil von vereinzelt Talentschulen für ein paar Wenige, wie sie die schwarz-gelbe Landesregierung derzeit betreibt.

Es geht uns um gleiche Startchancen für diejenigen, die am Anfang ihres Lebens stehen und eine Politik der „zweiten Chance“ für diejenigen, die in ihrem Leben Probleme und Schicksalsschläge verarbeiten müssen.

So sorgen wir in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft dafür, dass zusammenbleibt, was zusammengehört.

Sozialer Fortschritt braucht vor allem auch: Fairness und Gerechtigkeit. Wir verlagern die Herausforderungen von Staatsaufgaben nicht auf die Schultern der Bürgerinnen und Bürger. Privat vor Staat hat uns kaputte Brücken, fehlende Polizisten, Altersarmut und steigende Mieten beschert.

Deutschland leistet sich nach Großbritannien den größten Niedriglohnsektor in Westeuropa. Wir brauchen deshalb sofort den Mindestlohn von mindestens 12 Euro. Ansonsten werden unsere Sozialsysteme nicht mehr lange standhalten. Das sieht auch NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann so. Er kann sich in seiner CDU aber leider nicht durchsetzen.

Der Staat muss Tarifverträge schneller und einfacher für allgemeinverbindlich erklären können. Tarifflicht darf sich nicht lohnen.

Wir müssen den Wohnungsbau so fördern, dass auch Normal- und Geringverdiener auf dem Wohnungsmarkt eine Chance haben. Das geht nur mit einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft und der massiven Förderung von sozialem Wohnungsbau. Hier müssen die Mittel drastisch erhöht werden. Aber seit CDU und FDP in NRW regieren, ist die Zahl der pro Jahr neu erstellten Wohnungen mit Mietpreisbindung um über 30 Prozent gesunken.

Der komplexe ökologische und digitale Wandel muss durch mutiges und starkes staatliches Handeln zu sozialem Fortschritt führen. **Nur so werden die finanziell Starken ihren Beitrag leisten, damit die Zukunft für die Vielen ein Gewinn ist.** Wer fair im Umgang mit den Vielen ist, hat auch als Einzelner was davon! **#FairGehtMehr.**

Solidarität ist die dritte wichtige Säule für sozialen Fortschritt. Sie muss bedeuten, dass die Anerkennung in unserer Gesellschaft wieder besser funktioniert. Wo es an Zusammenhalt fehlt, entstehen Stress, Konflikte und in letzter Konsequenz auch Gewalt. Wir wollen für einen Politikwechsel werben, der mehr Respekt und Wertschätzung für Arbeits- und Lebensleistungen beinhaltet und die Botschaft hat: **#DuBistEsWert!** Denn die Menschen in Nordrhein-Westfalen sorgen Tag für Tag mit dem, was sie tun, dafür, dass unsere Gesellschaft funktioniert. Nur wenn dies so bleibt, haben wir überhaupt eine Basis für sozialen Fortschritt.

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – diese Grundprinzipien der Sozialdemokratie sind so aktuell und werden so dringend gebraucht, wie es selten der Fall war. Wir haben sie in drei Leitmotive übersetzt: **#ZusammenWachsen, #FairGehtMehr** und **#DuBistEsWert.**

▶▶
Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – diese Grundprinzipien der Sozialdemokratie sind so aktuell und werden so dringend gebraucht, wie es selten der Fall war.
◀◀

Ob Mieten, Rechte unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Klimawandel oder Chancengleichheit: So wie es heute läuft, kann es in Zukunft nicht bleiben.

Wer aber die Zukunft demokratisch gestalten will, muss in der Gegenwart Akzeptanz schaffen. Deshalb stellen wir uns gegen das „Weiter so“ einer Politik der Spaltung.

Für die Vielen, nicht die Wenigen. Das ist unsere Forderung, um sozialen Fortschritt zu erreichen.

Das ist Sozialdemokratie. Für eine bessere soziale Zukunft.

Percy Bysshe Shelley würde sich freuen.



Unser Plenarantrag zum Nachlesen:

„Für die Vielen, nicht die Wenigen. Sozialer Fortschritt für Nordrhein-Westfalen“
(Drucksache 17/7912)

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Marc Herter
Wirtschaftspolitik
marc.herter@landtag.nrw.de

Michael Hübner
Finanzen, Europa und Medien
michael.huebner@landtag.nrw.de

Jochen Ott
Infrastruktur
jochen.ott@landtag.nrw.de

Christian Dahm
Kommunales, Umwelt, ländlicher Raum
christian.dahm@landtag.nrw.de

Wo Straßenausbaubeiträge keine Gnade kennen.

Die SPD-Fraktion will Straßenausbaubeiträge abschaffen und hat dazu einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht – in Bad Laasphe setzte man große Hoffnung darauf. Ein Ortstermin.

Der 24. Oktober 2019 ist ein freundlicher Donnerstag mitten im Herbst. Auf dem Weg nach Bad Laasphe fahren wir über lange Landstraßen, die links und rechts von rötlich schillernden Bäumen gesäumt werden. Hier, in Südwestfalen, fast an der Grenze zu Hessen, wird deutlich, dass das Land nicht nur aus Ballungsräumen besteht. Im Gegensatz zu den Metropolen, in denen sich Bauwerke und Menschen drängen, zeigt sich hier eine ganz andere Seite. Ländlich, idyllisch und weitläufig. Auch das ist NRW.

Der Grund, aus dem wir in die Kleinstadt im Kreis Siegen-Wittgenstein fahren, ist jedoch alles andere als schön. Straßenausbaubeiträge bedrohen hier Existenzen. Doch die Anwohner wollen sich nicht damit zufrieden geben. Sie haben eine Bürgerinitiative gegen die unfairen Abgaben gegründet. Wir wollen uns zunächst mit Susanne Linde treffen. Sie ist Sprecherin der Bürgerinitiative. Sie selbst wohnt zwar nicht auf einer der betroffenen Straßen, hat aber viele Freunde, Verwandte und Bekannte, die mittlerweile um ihre Existenz bangen müssen. Man kennt sich in Bad Laasphe und man hilft sich. Frau Linde begrüßt uns herzlich. Bei sich trägt sie einen dicken, weißen Ordner, in dem sie ihre intensiven Recherchen rund um das Thema aufbewahrt. Man merkt sofort, wie sehr ihr das Thema persönlich am Herzen liegt. Auf unserer kurzen Fahrt in den Stadtteil Feudingen, in dem knapp 2.400 Menschen wohnen, erzählt sie uns, dass sie alle Fraktionen im Landtag NRW im Namen der Bürgerinitiative angeschrieben habe. Als einzige sei die SPD-Fraktion richtig aktiv geworden. Auch wenn sie sich darüber gefreut hat, ihre Enttäuschung und Wut ist dennoch groß, dass sich nicht mehr Fraktionen mit dem wichtigen Thema beschäftigen wollen.

In Feudingen warten Eva Hackler und Günter Heinrich auf uns. Beide wohnen auf einer der betroffenen Straßen. Beide sind sehr herzlich. Man ist froh, dass sich jemand kümmert. Dass jemand über ihre Sorgen und Probleme berichten will, denn sie sind existenziell für die Menschen vor Ort. Die Summen, die die Kommune von den Grundstücksbesitzern verlangt, sind schockierend. 10.000, 40.000, sogar rund 60.000 Euro sollen gezahlt werden. „Ich bin 86 Jahre und bin



40.000 Euro soll ein Anwohner für den Straßenausbau an einem Grundstück zahlen, auf dem nicht einmal ein Wohnhaus steht

Rentner. Ich kriege kein Darlehen mehr auf der Bank. Wie soll ich das finanzieren?“, fragt sich Günter Heinrich zu Recht. Viele der Betroffenen sind Senioren und fühlen sich bedroht. Die Häuser sollten ihre Altersvorsorge sein. Eine Sicherheit, eine Konstante, für die sie ein Leben lang gearbeitet haben. Jetzt sind es genau diese Grundstücke, die zu ihrer Last werden.

Während wir durch den Stadtteil laufen, vorbei an den aufgerissenen Straßen, treffen wir Werner Schmidt. Ihn hat es besonders hart getroffen. „Ich soll gut 40.000 Euro für dieses Grundstück bezahlen, wo kein Wohnhaus drauf steht.“ Besagtes Grundstück gelte als Überflutungsgebiet und sei deshalb nicht bebaut. Lediglich ein Taubenschlag und ein Auslauf für Hühner befinden sich dort. Doch es liegt an einer der betroffenen Straßen, also wird Herr Schmidt, als Eigentümer, zur Kasse gebeten. Während unseres Besuchs sind die Bauarbeiten im vollen Gange. Lärm, Staub und Dreck sind allgegenwärtig. Immer wieder treffen wir andere Anwohner. Selbst die, die nicht persönlich betroffen sind, stehen auf der Straße. Man spürt eine große Solidarität untereinander.

Leider spürt man auch das große Misstrauen und die Wut auf das, was da von der Landesregierung aus Düsseldorf kommt. Als „Freibier für alle“ hatte der CDU-Fraktionsvorsitzende Bodo Löttgen den Entwurf der SPD-Fraktion für ein Gesetz (Drucksache 17/4115) bezeichnet, mit dem die Straßenausbaubeiträge vollständig abgeschafft werden sollten. Die Feudinger sehen das natürlich anders. Sie sehen ihre Existenz bedroht. Deshalb haben sie auch bis zum Schluss noch Hoffnung. Sie hoffen auf ein Einsehen von CDU und FDP, dass sie dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion im Landtag NRW doch noch zustimmen.

Nach einem bewegenden Tag in Bad Laasphe machen wir uns auf den Heimweg. Auch wir wollen noch mehr, dass die unfairen Straßenausbaubeiträge endlich abgeschafft werden. Doch auch wir sollen enttäuscht werden.



Hatte große Hoffnung in den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion: Susanne Linde



Jugendwerkstatt „Faires NRW“ – ein Erfahrungsbericht

NRW zum Motor für Nachhaltigkeit machen – das ist das Ziel unserer politischen Initiativen, die wir Ende 2019 in den NRW-Landtag eingebracht haben.

Wir setzen uns für ein Lieferkettengesetz ein, mit dem Unternehmen dazu verpflichtet werden, sich an Menschenrechte und Umweltstandards zu halten. Wir wollen die kommunale Beschaffung wieder nachhaltig gestalten und fordern zudem eine Landesstrategie für verantwortungsvollen Konsum in NRW. Diese Initiativen haben wir als SPD-Fraktion zusammen mit rund 20 Jugendlichen entwickelt, die wir zu einer Jugendwerkstatt in den Landtag eingeladen haben. Mit dabei waren auch Anna Winthuis (21) und Julian Joußen (21). Für #SozialerFortschritt haben sie einen Erfahrungsbericht geschrieben.



Teilnehmer*innen der Jugendwerkstatt: Anna Winthuis, (1. Reihe, 2. v. r.), Julian Joußen, (2. Reihe, 1. v. r.)

Unsere Motivation

Julian „Wer sich politisch für eine Partei engagiert, der fragt sich natürlich auch, welche seiner Ideen sich in welcher Form in konkrete Politik umsetzen lassen. Denn politisches Engagement, zumindest bei mir, ist damit verbunden, dass man eigene Ideen hat. Normalerweise ist das Problem, dass es lange dauert, bis man in einer Position ist, eigene Ideen auch umsetzen zu können. Deswegen war ich begeistert, als ich erfahren habe, dass die SPD-Landtagsfraktion NRW jungen Leuten genau diese Möglichkeit eröffnet. Eine politische Initiative für eine Fraktion zu erarbeiten, so eine Chance bietet sich nicht oft. Für mich persönlich war das Ganze noch reizvoller, weil ich etwa ein Jahr zuvor ein sechswöchiges Praktikum bei der Fraktion absolvieren konnte. Dort konnte ich bei Vorbesprechungen für Ausschusssitzungen dabei sein, bei denen die jeweilige Tagesordnung vorbesprochen wurde. So konnte ich an meine dort gesammelten Erfahrungen schon anknüpfen.“

Anna „Als ehemalige ‚Weltwärts‘ Freiwillige habe ich mich in den vergangenen Monaten mit entwicklungspolitischen sowie mit aktuellen politischen

Fragestellungen auseinandergesetzt. Im Laufe meines Freiwilligendienstes habe ich ein anderes Bewusstsein für Themen wie Klimaschutz, Nachhaltigkeit oder Konsumverhalten entwickelt. Erst nach meiner Rückkehr nach Deutschland ist mir bewusst geworden, wie viele Optionen der deutsche Staat jedem Interessierten bietet, an Bildungsprogrammen, Seminaren etc. teilzunehmen. Ich habe die Chance genutzt und mich bei Seminaren zum Thema ‚Globales Lernen‘ mit anderen jungen Leuten über politische Problemstellungen ausgetauscht.

Die Jugendwerkstatt der SPD-Landesfraktion hat uns die hervorragende Möglichkeit geboten, aus unseren kleinen Kreisen zu treten, um mögliche Lösungsansätze zu entwickeln und zu diskutieren. Jugendliche aus ganz NRW, mit unterschiedlichen Kenntnissen und Erfahrungen, sind so zusammenkommen, um im Interesse der Gesellschaft etwas in der Politik zu bewegen.“

Ergebnisse

Am Ende eines langen, anstrengenden und zugleich sehr schönen Tages haben wir viele gute Ergebnisse erar-

beitet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion haben uns dabei viele Freiheiten gelassen. Unsere Ideen sind teilweise eins zu eins in Anträge eingeflossen, die die SPD-Fraktion in den nordrhein-westfälischen Landtag eingebracht hat.

Dazu gehören zum Beispiel:

- ▶▶ deutlich höhere Investitionen in den ÖPNV (bspw. günstigere oder kostenfreie Tickets), Klimaforschung und klimafreundlicheres Verhalten der Kommunen
- ▶▶ bessere Unterstützung für Kommunen bei der nachhaltigen Beschaffung (z. B. durch eine Beratungsstelle)
- ▶▶ Vergabe von Aufträgen und Erteilung von Genehmigungen bevorzugt an Unternehmen, die besondere Nachhaltigkeitskriterien erfüllen
- ▶▶ Einrichtung eines Portals, auf dem Maßnahmen von Kommunen gesammelt werden, damit diese voneinander lernen können

Unsere Initiativen für ein nachhaltiges NRW

www.spd-fraktion.nrw/fairensw

Position

Eine Energiewende, die funktioniert. Für alle.

Was können wir in Deutschland und NRW gegen die Erderwärmung tun? Wird der Klimaschutz Arbeitsplätze kosten? Und wer wird ihn bezahlen müssen? In einem Positionspapier zu einer Solidarischen Energiewende hat die SPD-Fraktion ihre zentralen Forderungen zusammengefasst.

Wenn wir es richtig machen, wird die Energiewende zu neuen und sicheren Jobs führen. Technologische Innovationen für den Klimaschutz werden unser Leben verbessern. Und nicht nur das: Sie werden zu einem Exportschlager. Eine neue Industrie wird entstehen und mit ihr ein neuer, nachhaltiger Wohlstand. Das setzt allerdings voraus, dass der Staat die richtigen Regeln setzt und selbst massiv investiert: in ein neues Energiesystem, in neue Verkehrssysteme, in digitale Netze und ökologische Technologien.

Mit dem nun beschlossenen Fahrplan zum Ausstieg aus der Braun- und Steinkohle ist dafür ein gutes Fundament gelegt worden. 15 Milliarden Euro werden in den nächsten Jahren investiert.

Dann werden Stahlwerke mit Wasserstoff betrieben und mehr Züge gebaut. Elektrofahrzeuge werden mit grünem Strom oder Wasserstoff betankt und Gebäude mit Wärme aus grünem Gas beheizt. Viele Rohstoffe werden nicht mehr importiert, sondern in Kreisläufen erhalten. Das alles bedeutet Fortschritt und Prosperität durch Industrie und Umweltschutz.

Allerdings: Klimaschutz geht nur gerecht. Klimaschutz und Verteilungsgerechtigkeit gehören untrennbar zusammen. Mit dem Klimaschutzprogramm auf Bundesebene ist die sozialdemokratische Handschrift klar erkennbar. Damit ist für uns das Thema aber nicht beendet. Wo nötig, wollen wir nachsteuern.

Denn der Lebensstil des oberen Drittels der Gesellschaft verursacht ein Vielfaches an CO₂-Emissionen als jener des unteren Drittels. Reiche Menschen fahren die größeren Autos, leben in viel größeren Wohnungen und fliegen viel öfter als Menschen mit normalen oder geringen Einkommen. Damit wäre dann auch gesagt, wer die Last der Energiewende tragen muss.

Wir wollen eine Energiewende, die für alle funktioniert.



Erneuerbare Energien ausbauen

Es gibt kein „Zuviel“ an erneuerbaren Energien. Wir wollen Mengenbegrenzungen (z. B. bei der Photovoltaik) abschaffen und die jährlichen Ausbauziele deutlich erhöhen. Nur so können bis 2030 65 Prozent des Stroms aus ökologischen Energien kommen.

Strompreise senken

Anstatt den Ausbau erneuerbarer Energien über die EEG-Umlage zu finanzieren, wollen wir den Ausbau aus einem Fonds bezahlen. Dieser Fonds sammelt 10 Milliarden Euro im Jahr am Kapitalmarkt ein und investiert sie in die Energiewende. Im Gegenzug sinkt der Strompreis.

In neue Technologien und Infrastruktur investieren

Für die Energiewende brauchen wir Stromspeicher, bessere Batterien und grüne Gaskraftwerke. Elektroautos brauchen Ladestationen oder Tankstellen, die Wasserstoff anbieten. Unsere Städte brauchen schnelle und günstige Busse und Bahnen. Dafür lohnt es sich Geld auszugeben. Und zwar jetzt!

Klimaprämie für alle: 100 Euro für jedes Familienmitglied

Es muss sich lohnen, CO₂ zu vermeiden. Aber die Verteilung der Kosten muss gerecht sein. Wir wollen die Einnahmen aus einer CO₂-Steuer wieder an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben: durch eine Prämie. Bei 40 Euro pro Tonne bekäme jedes Familienmitglied 100 Euro pro Jahr. Auch wenn sich dies im Klimaschutzprogramm noch nicht wiederfindet, ist eine solche Regelung unser Ziel. Dies würde echte Verteilungsgerechtigkeit bedeuten.

Infrastruktur in die öffentliche Hand

Das Stromnetz ist das Rückgrat der Energiewende. Seit Jahren hinkt der Ausbau der Übertragungsnetze hinter den Planungen hinterher. Wir wollen die Gebietsmonopole bei den Übertragungsnetzgesellschaften in eine von Bund und Ländern gemeinsam kontrollierte Deutsche Netzgesellschaft überführen. Durch sie kann der notwendige Netzausbau schneller gelingen. Die Gewinne aus dem Betrieb können dann wieder in die Energiewende investiert werden.

Kostentreiber Miete

Warum das Land jetzt aktiv werden muss

Einmal im Monat ist sie der große Einschlag auf dem Konto: die Miete. Vor allem für Geringverdiener und Familien wird es regelmäßig eng. Der Markt regelt eben nicht alles. Deshalb muss der Staat jetzt wieder eine starke Rolle in der Wohnungspolitik spielen und NRW voran gehen.

„Nein, mit einer simplen Forderung kann man das Problem der explodierenden Wohnkosten sicher nicht angehen“, erklärt Hans-Jochem Witzke, Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes NRW, im Gespräch. Über drei Jahrzehnte hat die Devise „Privat vor Staat“ die Preise auf dem Wohnungsmarkt in die Höhe schnellen lassen. Das Ziel, dass Menschen nicht mehr als 30 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Miete ausgeben müssen, braucht deshalb Nachdruck und verschiedene Ansätze.

Zunächst muss der Staat wieder selbstständiger Akteur im Wohnungsbau werden. „NRW bleibt da deutlich hinter dem zurück, was notwendig wäre“, so Witzke. 2018 wurden gerade einmal 6.000 neue mietpreisgebundene Wohnungen gebaut. Das sei wahrlich keine „Größenordnung, mit der man leben kann“. NRW müsste eigentlich ein Vielfaches bauen. Laut der NRW.Bank fallen jährlich rund 14.000 Wohnungen aus der sozialen Preisbindung. 20.000 neue geförderte Wohnungen wären angesagt, wollte man eine Verschärfung der Wohnungsnot verhindern.

Der NRW-Vorsitzende des Mieterbundes kritisiert die Passivität der Landesregierung: „Leider strengt sich NRW bei der Förderung des Wohnungsbaus nicht sonderlich an“. Zwar stellt die Laschet-Regierung formal 1,1 Milliarden Euro pro Jahr über die NRW.BANK zur Verfügung. Doch allein die Darlehen, die Investoren erhalten und später zurückzahlen, machen hiervon rund 800 Millionen Euro aus und stammen von der NRW.BANK. Die weiteren 300 Millionen Euro kommen komplett vom Bund.

Dazu kommt, dass die Förderbedingungen für viele Investoren nicht attraktiv genug sind und diese sich lieber Geld auf dem Kapitalmarkt besorgen, um ohne Mietpreisobergrenzen agieren zu können. Für zeitgemäße Anreize – zum Beispiel über bessere Konditionen bei der Tilgung – müsse NRW aktiver werden: „Wenn wir einen großen Schluck aus der Pulle wollen, dann muss sich auch das Land endlich finanziell beteiligen“.



Hans-Jochem Witzke (r.),
mit dem wohnungspolitischen Sprecher der
SPD-Fraktion, Andreas Becker

Die Förderung müsse auch mit langfristigerer Perspektive erfolgen: „Wir brauchen dauerhaften preiswerten Wohnraum, am besten sichergestellt durch unbegrenzte Mietpreisbindung und Belegrechte. Eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft kann zudem da helfen, wo Kommunen nicht aus eigener Kraft tätig werden können. Denn die öffentlich geförderten Wohneinheiten sind heute häufig nur für 20 Jahre an niedrige Mieten gebunden. 20 Jahre sind in der Politik schnell rum.“

Neben der Wohnraumförderung und dem Schutz von Mieterinnen und Mietern gibt es für eine faire Wohnungspolitik eine weitere Herausforderung: die Entwicklung der Bodenpreise. Grundstücke sind zum Spekulationsobjekt geworden. „Verantwortungsvolle Politik muss die Devise ausgeben: Grund und Boden sind nicht vermehrbare und müssen dem Allgemeinwohl dienen. Da wird heute viel mit Grundstücken gehandelt, ohne dass etwas damit geschieht. Da wird nur leicht etwas am Planungsstatus verändert und schon ist das Grundstück teurer“, erklärt Hans-Jochem

Witzke. Seine Forderung: „Solche Wertsteigerungen gehören versteuert, damit diese Spekulationen eingedämmt werden.“

Die vier Säulen der SPD-Fraktion für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik

1 Eine Landeswohnungsbaugesellschaft für mehr bezahlbaren Wohnraum!

Wir wollen mehr öffentliche Verantwortung durch öffentliche Wohnungsunternehmen. Damit unterstützen wir besonders die Städte und Gemeinden, die aufgrund fehlender Ressourcen im Wohnungsbau nicht aktiv werden können.

2 Gemeinwohlorientierte Bodenpolitik!

Das Land soll einen Bodenfonds einrichten, mit dem das Land in Treuhand

der Kommunen Bauland erwirbt und entwickelt. Baureife Grundstücke werden zu Wohnzwecken vergeben. Dies erfolgt zu einem günstigen Pachtzins. So dämpfen wir die Bodenkosten.

3 Eine neue Fördersäule für den sozialen Wohnungsbau!

Neben den heutigen Mechanismen braucht der Wohnungsbau eine gemeinwohlorientierte Fördersäule. Das heißt: Günstige Kredite, Investitionszuschüsse, nachhaltige Erbpachtmodelle und unbefristete Belegbindungen.

4 Mietschutz: Ungerechten Preisanstieg verhindern!

Solange der Wohnraumangel nicht überwunden ist, müssen wir die Mietpreisentwicklung mit geeigneten Instrumenten eindämmen. In den vergangenen Jahren haben wir hierfür Schutzmechanismen wie die Mietpreisbremse geschaffen. Sie gilt es zu evaluieren und fortzuentwickeln. Eine Aufweichung dieses Schutzes – wie es die Landesregierung ursprünglich beabsichtigt hat – darf es nicht geben.

#WohnenBezahlbarMachen

Schweren Angriff auf die Demokratie abgewandt: Die Stichwahl bleibt!

Der 20. Dezember 2019 war ein guter Tag für die Demokratie.

Aus reinem machtstrategischen Kalkül wollten CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen die Stichwahl bei Kommunalwahlen abschaffen. NRW wäre dann das einzige Bundesland gewesen, in dem es bei einer Kommunalwahl keinen zweiten Wahlgang mehr gegeben hätte. Minderheiten-Bürgermeister und -Landräte hätten dann zur Regel werden können.

Die Verfassungsrichter in Münster haben diesem durchschaubaren Plan eine Abfuhr erteilt. Mit unserer Klage haben wir einen schweren Angriff auf die Demokratie erfolgreich abgewandt.



Altschuldenfonds jetzt!

Kommunen müssen aus der Schuldenfalle befreit werden

Die Kommunen in NRW sind hoch verschuldet. Einen Großteil ihrer Schulden machen Kassenkredite aus. Das sind die sogenannten Altschulden. Wie Privatleute über den Dispokredit nutzen Kommunen Kassenkredite, um zum Beispiel Gehälter und andere Rechnungen zu bezahlen. Die Städte und Gemeinden in NRW sind im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders hoch mit solchen Kassenkrediten verschuldet. Von den etwa 35 Milliarden Euro an Kassenkrediten aller Kommunen in Deutschland entfallen über 22 Milliarden Euro auf NRW. Das liegt an den besonderen sozialen Herausforderungen und am Beitrag zum Aufbau Ost und den damit verbundenen Kosten. Diesen

Berg werden die Kommunen nie alleine abtragen können – trotz zahlreicher Sparbemühungen. Die Schulden hängen den Kommunen wie ein Klotz am Bein und verhindern Investitionen und dringend notwendige soziale Projekte vor Ort.

Das Altschuldenproblem soll nach unserer Idee über einen Fonds gelöst werden, mit dem Bund, Land und Kommunen die Schulden über einen Zeitraum von 30 Jahren abtragen können. Der Fonds würde den Kommunen die Schulden abnehmen. Bund, Land und Kommunen würden die Tilgung – bei historisch niedrigen Zinsen – gemeinsam tragen (dazu unser Plenartraktat, Drucksache 17/1440). Die SPD-Fraktio-

nen in den Bundesländern sind sich länderübergreifend einig, dass es einen solchen Fonds dringend braucht. Auch der Bundesfinanzminister hat sich bereit erklärt, dass er den am stärksten verschuldeten Kommunen helfen will. Leider wollen sich CDU und CSU aber nicht bewegen. Ministerpräsident Laschet sitzt bei dem Thema bequem auf der Zuschauertribüne und ist nicht bereit, als Land einen eigenen Beitrag zu leisten. Das Saarland und Hessen haben längst eigene Konzepte vorgelegt, aber NRW bleibt tatenlos. So droht eine einmalige Chance ungenutzt zu bleiben.





Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Eva-Maria Voigt Küppers
Bildungschancen
eva-maria.voigt-kueppers@landtag.nrw.de

Regina Kopp-Herr
Familie und Gleichstellung
regina.kopp-herr@landtag.nrw.de

Christian Dahm
Kommunales, Umwelt, ländlicher Raum
christian.dahm@landtag.nrw.de

Hier bin ich.

Warum wir uns für ein Paritätsgesetz einsetzen

Von Sarah Philipp

Ja, ich weiß, was jetzt kommt. In unserer heutigen aufgeklärten und modernen Zeit durch gesetzliche Vorgaben für Gleichstellung zu sorgen, sei der Sache nicht dienlich. Das hätten Frauen nicht nötig. Wenn nicht genug Frauen in die Politik gingen, dann sei das ihre eigene Schuld. Sie hätten doch alle Möglichkeiten dazu. Niemand hindere sie daran. Auch mit einem Paritätsgesetz könne man das nicht erzwingen.

Das sind alles „Argumente“, die Sie sehr wahrscheinlich von der „Contra“-Position gegen ein Paritätsgesetz zu hören bekommen. Ich kenne sie jedenfalls zu genüge. Sie haben mich noch nie überzeugt. Im Gegenteil. Für mich sind das alles Argumente – oder besser – Gründe, die **FÜR** ein Paritätsgesetz sprechen. Denn diese Behauptungen sind alle Teil einer konservativen Erzählung. Einer Erzählung, die dazu beitragen soll, dass sich Frauen schlecht fühlen, wenn sie einfordern, was ihnen zusteht. Nicht anders kann ich mir erklären, wie der Begriff „Quotenfrau“ überhaupt entstanden ist. Von einer Frau kann er jedenfalls nicht stammen. Denn er hat einzig und allein zum Ziel, dass Frauen Scham dafür empfinden sollen, vermeintlich wegen einer Quote in Position gekommen zu sein. Und leider scheint das auch immer wieder zu funktionieren: Wer will schon eine „Quotenfrau“ sein? So wird ein negatives Bewusstsein geschaffen – ein Ergebnis subtilen Framings.

Die Macht der Sprache leistet ihren Teil, dass Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft maximal ein Prozess ist. Und sie wird weiterhin ein Prozess bleiben, wenn wir es allein der Sprache überlassen, die gleiche Stellung von Frau und Mann zu erreichen. Dann können Begriffe wie „Quotenfrau“ erst ihre abschreckende Wirkung erzielen. Solange wir der Macht dieser Sprache erliegen, wird es Gleichberechtigung nicht geben.

Denn welche Sprache gesprochen und welche Wirkung damit erzielt wird, hängt immer davon ab, welche Interessen jeweils am Werke sind und wer die Deutungshoheit erhält.

Appelle und Sonntagsreden für mehr Gleichberechtigung in der Politik – das hat die Vergangenheit

gezeigt – reichen deshalb nicht mehr aus. Der Sprache allein wird hierbei zu viel Raum gelassen. Ein Gesetz, das die paritätische Besetzung der Wahllisten von Parteien vorschreibt, kann Abhilfe leisten. Weil es neue Normen setzt und Realitäten schafft, an denen auch Sprache dann nicht mehr vorbei kommt. Denn wenn die Verhältnisse erst einmal quotiert sind, wird zwangsläufig selbstverständlich werden, was selbstverständlich sein sollte.

Und noch etwas wird passieren: Wir werden durch ein Paritätsgesetz nicht mehr über Frauen und Männer reden, sondern über das sprechen, worauf es wirklich ankommt: über Leistung. Der Vergleich wird offensichtlich. Dann herrscht erstmals wirklich fairer Wettbewerb.

Vor 25 Jahren wurde Artikel 3 im Grundgesetz um einen wesentlichen Handlungsauftrag ergänzt: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Mit unserem Gesetzentwurf zur paritätischen Besetzung der Listenplätze für Landtagswahlen kommen wir diesem Auftrag jetzt nach. Wir können die demokratischen Fraktionen im Landtag

199

Abgeordnete sind im Landtag NRW.

54

davon sind Frauen. Das sind nur

27,1

Prozent.



nur ermutigen, diesem Entwurf zuzustimmen. Er würde eine Bereicherung für unser Parlament und für unsere Gesellschaft bedeuten. Zurzeit gibt es 54 weibliche Abgeordnete im Landtag NRW (bei 199 insgesamt). Ich bin eine davon. Eine von nur 27,1 Prozent. Das ist weder repräsentativ, noch ist es gut für unsere Demokratie. In gemischten Teams arbeitet es sich kreativer, konstruktiver und zielgerichteter als in homogenen geschlechtlichen Teams. Ich wette, Sie alle haben diese Erfahrung schon selbst gemacht und davon profitiert. Wir sollten die Politik von dieser Erfahrung nicht fern halten.

Wenn wir aber unsere Bestrebungen für ein Paritätsgesetz deshalb einstellen, weil wir einer konservativen Erzählung zu viel Gehör schenken, dann hat das Framing Erfolg gehabt. Und das darf es nicht haben. Soll man mich von mir aus heute noch „Quotenfrau“ nennen. Das wird vergehen. Solange höre ich weg und sage: Hier bin ich. Lasst uns an die Arbeit gehen.

Sarah Philipp ist Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion im Landtag NRW.



Dieser Beitrag ist eine leicht geänderte Fassung eines Namensartikels von Sarah Philipp, der am 17. November 2019 in der Welt am Sonntag erschienen ist. Der Gesetzentwurf wurde am 14. November 2019 in den Landtag eingebracht (Drucksache 17/7753).



Ein New Deal für gute Bildung

**Wer regelt zukünftig was?
Wer finanziert was?**

Die bildungspolitischen Finanz- und Verantwortungsverflechtungen zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Schulen sind – angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen – nicht mehr zeitgemäß. Wir brauchen eine neue Vereinbarung, einen New Deal, für die Zuständigkeiten und das Finanzierungskonzept.

Den Schulen fehlt es häufig an finanziellen Mitteln für einen guten Ganztag mit einem gesunden Mittagessen. Auch die gute Ausstattung der Gebäude mit funktionsfähigen und sauberen Toiletten sowie die digitale Infrastruktur sind von Kommune zu Kommune, von Schule zu Schule sehr unterschiedlich. Bund, Länder und Kommunen spielen sich gegenseitig die Bälle der Zuständigkeit zu. Eine besondere Rolle nehmen hierbei Inklusion und Ganztag ein, da hier schon Verantwortungsgemeinschaften zwischen den verschiedenen

Ebenen bestehen. Im Moment sind jedoch die (finanziellen) Zuständigkeiten weder durchschaubar noch lösungsorientiert.

Die bisherige Trennung von äußeren und inneren Schulangelegenheiten muss aufgehoben werden. Ein neues System muss transparent und nachvollziehbar sein – alle Aufgaben müssen grundsätzlich auskömmlich mit finanziellen Mitteln hinterlegt sein. Dabei muss auch eine Stärkung der Gestaltungsspielräume für die Schulen geprüft werden. Neben einer Neustrukturierung der Verantwortlichkeiten im Bildungsbereich müssen Bund, Länder und Kommunen auch über langfristige und gemeinsame Finanzierungslösungen verhandeln. Bei der Frage nach zusätzlichen finanziellen Ressourcen gilt: Starke Schultern müssen sich daran deutlich stärker als bisher beteiligen.

Gute Bildung bietet Aufstiegschancen. Gute Bildung darf nicht an unklaren Zuständigkeiten scheitern oder an zu geringen finanziellen Mitteln. Wenn wir bei der Bildung sparen, wird sich das früher oder später rächen.

Unser Plenarantrag zum Thema:

„New Deal – Zuständigkeiten und Finanzierung klar regeln und das Wirrwarr im Bildungsbereich beenden!“
(Drucksache 17/6255)



NRW.Sofortprogramm für Investitionen

Mit einem NRW.Sofortprogramm sollen u.a. folgende Investitionen finanziert werden:

Nordrhein-Westfalen braucht dringend Investitionen, die keinen Aufschub dulden. Deshalb fordern wir ein NRW.Sofortprogramm in Höhe von 1 Mrd. Euro, mit dem wir diese Investitionen in unserem Land ermöglichen wollen. Das Programm könnte über die NRW.Bank organisiert werden: Zins und Tilgung in Höhe von 50 Millionen Euro sollen ab 2020 über 20 Jahre aus dem Landeshaushalt bestritten werden. (Drucksache 17/8259).

Ausbau der digitalen Infrastruktur	200 Mio. €
Bekämpfung der Wohnungsnot	200 Mio. €
Gegen Staus und für eine klimafreundliche Verkehrspolitik	145 Mio. €
Sanierung von Kitas und Jugendzentren	100 Mio. €
Ausbau des Ganztags inklusive Mittagsverpflegung	200 Mio. €
Ausbau Frauenhäuser	20 Mio. €
Sanierung von Dienststellen, u.a. Polizei und Finanzverwaltung	100 Mio. €

► Wir unterrichten zuerst Kinder, dann Mathe ◀



Die Katharina-Henoth-Gesamtschule befindet sich im Kölner Osten. Eine Schule des sogenannten Standorttyps 5 – in einem Wohngebiet mit besonderen sozialen Herausforderungen. Zusammen mit unserem schulpolitischen Sprecher Jochen Ott treffen wir Schulleiter Martin Süsterhenn zum Interview. Es war als Gespräch über Sinn und Zweck unserer Forderung nach einem schulscharfen Sozialindex geplant, den wir im Landtag NRW beantragt haben (Drucksache 17/5628).

Herr Süsterhenn, haben Sie einen anderen Begriff für „schulscharfen Sozialindex“?

Das ist schwer. Aber ich verstehe, was Sie meinen. „Schulscharfer Sozialindex“ klingt erst einmal nicht besonders verlockend.

Sie scheinen aber die Idee dahinter verlockend zu finden.

Unbedingt. Wir wünschen uns das in ganz besonderer Weise. Die Kinder an unserer Schule brauchen so viel mehr als Kinder an anderen Standorten mit besserer Sozialstruktur.

Was meinen Sie damit?

Wir befinden uns hier in einem sogenannten „Sozialen Brennpunkt“. Sehr viele unserer Schülerinnen und Schüler kommen aus schwierigen familiären Verhältnissen. Sie sind regelrecht traumatisiert im Hinblick auf ihre Sozialisation. Sie sind in keiner Sprache richtig zuhause. Über 70 Prozent sprechen zuhause kaum oder kein Deutsch. Wir müssen eine Menge auffangen und den Kindern viel ersetzen. Das geht nur über intensive Beziehungsarbeit.

Wie kann Ihnen ein schulscharfer Sozialindex dabei helfen?

Das herrschende Gießkannen-Prinzip in der Schulpolitik macht vieles kaputt. Man muss viel mehr auf die einzelne Schule schauen. Die Schulen wissen am besten, was sie für ihre Arbeit brauchen. Ich erwarte von einer Landesregierung, dass sie den Rahmen stellt, aber den Schulen die Möglichkeiten gibt, ihre Prioritäten selbst zu setzen. Für uns wären etwa kleinere Lerngruppen eine unglaubliche Hilfe. Das sehen wir regelmäßig, wenn Lehrkräfte schon bei uns sind, aber offiziell noch nicht im Unterricht verplant. Dann können wir Lerngruppen halbieren, das macht eine Menge aus. In den Niederlanden gibt es zum Beispiel die sogenannte „Gewichtenregelung“. Dabei wird der Bildungshintergrund jedes einzelnen Kindes in einem Punktesystem berücksichtigt. Ab einer gewissen Punktzahl wird die jeweilige Klasse zugemacht. Für unsere Schule könnte das bedeuten, dass wir einzelne Klassen mit nur 15 Schülerinnen und Schülern haben, an anderen Standorten dafür aber mit 25. Bei gleicher Ausstattung, das ist wichtig.

An Ihrer Schule haben über 80 Prozent der Kinder Migrationshintergrund, aus mehr als 40 verschiedenen Nationen. Rund 70 Prozent kommen aus Familien, die Sozialleistungen beziehen. Wie locken Sie Lehrerinnen und Lehrer an Ihre Schule?

Zugegeben, der Physik-Lehrer für die Oberstufe mit Bestnote bewirbt sich nur sehr selten direkt bei uns. Viele kommen als Vertretungslehrer, direkt nach der Ausbildung, oft mit einem Spitzenexamen. Die sind dann ein halbes Jahr bei uns. Nach einer gewissen Zeit gehe ich zu ihnen und frage, wie sie zurechtkommen. Die Antwort ist oft dieselbe: „Das hier ist eine Schule für mich. Hier kann ich was sehr Sinnvolles leisten.“ Von 10 Lehrern würden 8 bei uns bleiben, weil wir uns kennenlernen – wenn wir so viele Stellenzuweisungen erhielten. Wir haben an unserer Schule unglaublich nette, wirklich tolle Kinder. Es lohnt sich so sehr. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen finden oft erst hier ihre Berufung.

Würden Lehrkräfte einen Sozialindex nicht als Zwang empfinden, an einer Schule unterrichten zu müssen, an die sie gar nicht wollen?

Da könnte was dran sein. Deshalb fände ich eine allgemeine Kennenlernphase sehr gut. Im Rahmen eines Sozialindexes wäre ja durchaus denkbar, dass Lehrkräfte in ihrer Ausbildung für eine bestimmte Zeit mal an einer Schule des Standorttyps 5 gewesen sein sollten. Ich bin mir sicher, dass viele dann sagen würden: „Das ist was für mich.“ Wer mit der Einstellung zu uns kommt „Ich unterrichte zuerst Kinder, und dann Mathe“, der ist bei uns richtig. Das sind die besten Lehrer. Und wir brauchen die besten Lehrer.

Die Landesregierung hat bekanntlich das Projekt der sogenannten Talentschulen gestartet. 60 Schulen in ganz NRW erhalten dabei mehr Ressourcen und weitere Förderangebote, um zu testen, wie sich das auf die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler auswirkt. Hat sich Ihre Schule auch dafür beworben?

Das kam für uns überhaupt nicht infrage. Ich brauche keine sechs Jahre, um zu sagen, was Schulen brauchen. Das kann ich Ihnen heute sagen. Da wird wahn-sinnig viel Geld ausgegeben für einen Schulversuch. Das ist ja fast lächerlich. Und genau das Gegenteil von dem, worauf es in meinen Augen ankommt. Nämlich auf die Flexibilität, die nötig ist, um unseren Schülerinnen und Schülern die Angebote zu machen, die sie auch wirklich brauchen. Schauen Sie: Ich habe fantastische Kolleginnen und Kollegen, die hier tolle Projekte auf die Beine stellen. Aber das machen sie, weil sie motiviert sind und weil sie wissen, dass es für die Kinder gut ist. Und nicht weil sie es von einem Schulversuch vorgeschrieben bekommen und das jetzt machen müssen. Das führt doch zu nichts. Wir brauchen in der Schulpolitik mehr Vertrauen in die Eigenverantwortlichkeit der Schule. Aber um eigenverantwortlich handeln zu können, brauchen wir mehr Zeit – durch mehr Personal. Deswegen wäre ein Sozialindex für uns so wichtig.

An Ihrer Schule unterrichten über 130 Lehrerinnen und Lehrer rund 1.300 Schülerinnen und Schüler. Wenn Sie eine Zahl nennen könnten: Wie viele Lehrkräfte bräuchten Sie optimaler Weise?

Es geht ja nicht nur um Fach-Lehrerinnen und -Lehrer. Wir brauchen vor allem mehr multiprofessionelle Teams. Zurzeit arbeitet bei uns ein diplomierter Agrarwissenschaftlicher – als Vertretung für Biologie und Chemie in der Sekundarstufe 1. Das kann er auch sehr gut. Ich nenne ihn immer unseren „Diplom-Bauern“. Er ist permanent mit den Kindern draußen. Da sehen sie Sachen, die sie vorher noch nie gesehen haben. So lernen die Kinder auch Sprache auf eine ganz andere Art und Weise. Ich möchte den Mann unbedingt fest bei uns anstellen. Zum Beispiel über eine zugewiesene Stelle als Seiteneinsteiger. Aber ideal wäre es, wenn ich Stellen bekäme, über die ich auch selber verfügen kann, wie ich sie besetze. Eben nicht nur mit Lehrkräften, sondern mit Experten auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Etwa Theaterpädagogen oder Werkstattleiter. Das würde ganz andere Zugänge für unsere Kinder ermöglichen. So könnten wir eine Menge bewegen.

Wer jetzt sarkastisch ist, der würde das als Sozialklimbim abtun.

Ist es aber nicht. Ich bin da mehr bei dem humboldt-schen Bildungsideal. Wir müssen endlich weg kommen von dieser sturen Fachlichkeit. Die Kinder müssen die Welt erleben, vor allem müssen sie erst einmal sich selbst erleben. In Gesellschaft, im Miteinander. Und Respekt lernen. Das geht am besten, indem man ihnen selbst respektvoll gegenübertritt. Die Zeit, die Sie hier investieren, haben Sie ruckzuck wieder aufgeholt.

Gibt es dafür Erfolgsbeispiele?

Sicher. Wir haben jedes Jahr rund 160 neue Kinder an unserer Schule. Nur eine Handvoll – vielleicht 5 oder 10 – kommt mit einer Gymnasial-Empfehlung zu uns. Aber rund 80 Schülerinnen und Schüler machen jedes Jahr bei uns Abitur. Da fällt mir gerade ein: Wir wollen ja was Gutes für unsere Kinder erreichen. Warum nennen Sie den Schulindex nicht einfach „Bildungsbonus“. Das könnte mir gefallen.

Herr Süsterhenn, wir danken Ihnen für das Gespräch.



Martin Süsterhenn (58) ist seit 2009 Lehrer und seit 2015 Schulleiter an der Katharina-Henoth-Gesamtschule in Köln. Er wurde als Referendar an einem Gymnasium ausgebildet. Seine erste Stelle trat er jedoch an einer Gesamtschule an. Überzeugungstäter war er zunächst nicht. Inzwischen kann er sich aber nichts Besseres mehr vorstellen.

KiBiz bleibt Mumpitz

Eine auskömmliche Finanzierung für die Kitas sollte es geben, mehr Personal für eine bessere Betreuung, flexible Öffnungszeiten. Sogar die Abschaffung der Kitagebühren, die CDU und FDP einst strikt abgelehnt hatten, stellen die Koalitionsfraktionen nun in Aussicht – wenn denn der Bund das Geld dafür beschafft.

Alles das hat die schwarz-gelbe Landesregierung zu Beginn ihrer Regierungszeit versprochen. Nun... zumindest Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) hat geliefert. Mit dem Gute-Kita-Gesetz stellt der Bund dem Land zusätzliche Gelder zur Verfügung. Bis 2022 fließen rund 1,2 Mrd. Euro nach NRW. Mit diesem Bundesgeld kann Nordrhein-Westfalen ein zweites beitragsfreies Kita-Jahr finanzieren. Zu mutigen eigenen Investitionen in die Qualitätssteigerung, verbesserte Öffnungszeiten

und in wirkliche Beitragsfreiheit fehlt Joachim Stamp allerdings leider die Kraft und der Wille.

Und auch sonst ist das, was Landesfamilienminister Stamp als Reform des sogenannten Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) umgesetzt hat, weiterhin Mumpitz. Kitas bleiben unterfinanziert, vielen Trägern droht das Aus.

Über 70 Prozent der Kitas in NRW werden von freien Trägern gehalten, und trotzdem kümmert sich die Landesregierung nicht um sie. So entstehen keine neuen Plätze. Im Gegenteil! Auch im Erzbistum Paderborn hat die katholische Kirche angekündigt, Kitas eventuell sogar schließen zu müssen. So werden aus Beteiligten Betroffene. Das halten wir für falsch. Darüber hinaus gibt es viel zu wenig Personal.

Für uns steht fest: Das ganze System muss von Grund auf reformiert werden. Die Kindpauschale muss

durch eine solide Sockelfinanzierung ersetzt werden. Der Fachkraft-Kind-Schlüssel muss deutlich verbessert werden. Die Ausbildung neuer Kita-Fachkräfte muss eine höhere Priorität bekommen. Auch der Flickenteppich bei den Kita-Gebühren, den uns Armin Laschet einst eingebrockt hat, muss eingemottet werden. Das geht nur durch komplette Beitragsfreiheit. Das haben wir mit unserem Antrag „Die Steilvorlage aus Berlin nutzen – KiBiz in NRW grundlegend reformieren“ (Drucksache 17/6252) im Landtag NRW gefordert.



Kitas nicht weiter auf Sand bauen

Die Finanzierung unserer Kitas folgt einer schlichten Logik: Das Geld, das einer Kita zugewiesen wird, hängt davon ab, wie viele Kinder in welchem Alter mit welcher Buchungszeit betreut werden. Das sind die sogenannten Kindpauschalen. Leider bergen sie große Probleme. Denn wie viele Verträge (pro Kind und in welchem Umfang) eine Kita abschließt, ändert sich von Jahr zu Jahr. So können die Personalplanungen für das folgende Kita-Jahr erst sehr spät beginnen.

Bis dahin bleiben die Erzieherinnen und Erzieher, aber auch die Kita-Leitungen im Un-

klaren, wer im kommenden Kita-Jahr überhaupt noch dabei ist. Das macht eine solide Planung schwer. Das gilt für den Personaleinsatz genauso wie für die qualitativen Vorbereitungen und nötigen Weiterbildungen. Kitas leben so von der Hand in den Mund. Für alle Beteiligten ist das ein großes Problem: Für die Fachkräfte, die mehr Sicherheit für ihre Berufsausübung und Lebensplanung brauchen. Für die Eltern, die sich nicht auf ein solides Planungskonzept verlassen können. Und für die Kinder, für die verlässliche Beziehungen ein Grundstein für eine gute Entwicklung sind.

Wer Kitas weiterhin durch Kindpauschalen finanzieren will, baut auf Sand. Deshalb fordern wir eine feste Sockelfinanzierung, die die regelmäßigen Kosten der Kita abdeckt und nicht den geschlossenen Vertrag honoriert. So können die Einrichtungen besser planen und die Fachkräfte langfristig an sich binden. Sichere Beschäftigungsverhältnisse sind auch ein Baustein, den Beruf attraktiver zu machen.

Pulver verschossen!

Kritische Zwischenbilanz der NRW-Landesregierung

Seit knapp 2,5 Jahren ist die schwarz-gelbe Landesregierung von NRW jetzt schon im Amt. Halbzeit für Armin Laschet. Der CDU-Ministerpräsident ist mit einer Reihe von Versprechungen gestartet, nachdem er im Wahlkampf das Land regelrecht schlecht geredet hat. Staufrei sollte NRW werden. Die Wirtschaft entfesselt. Der Lehrermangel beseitigt. Was ist aus den vollmundigen Versprechen geworden?

Was hat die Landesregierung aus den guten Startbedingungen und den sprudelnden Rekord-Steuereinnahmen gemacht?

Leider nichts.

- ▶▶ Der Lehrermangel in NRW wird nicht kleiner, er wird immer größer.
- ▶▶ Die Wirtschaft in NRW ist im ersten Halbjahr 2019 gerade einmal um 0,1 Prozent gewachsen. (Anm.: Das muss wohl diese Entfesselung sein.)
- ▶▶ Hinzu kommt: Die Investitionsquote des Landes steigt nicht, sie fällt.
- ▶▶ Die Staus werden nicht kürzer, sondern länger.



2,5 Jahre Laschet-Regierung in NRW



- X Staus werden nicht kürzer, sondern länger.
- X Wirtschaft wächst im 1.Hbj.2019 nur 0,1 %.
- X Investitionsquote des Landes sinkt.
- X Es fehlen immer mehr Lehrer*innen.

Eine ernüchternde Bilanz leerer Versprechen.

#PulverVerschossen

Beim genaueren Blick auf diese Bilanz zeigt sich: Die Landesregierung von Armin Laschet hat nicht nur ihr Pulver längst verschossen. Sie treibt mit ihrer Politik auch einen Spalt in unsere Gesellschaft.

Sie macht viel Politik für Wenige. Und wenig Politik für Viele.



Bündnisse gegen die Landesregierung

Noch nie hatte eine Landesregierung innerhalb von so kurzer Zeit so viele Bündnisse gegen sich. Ein „Allzeithoch“ – wie es in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung dazu hieß.

▶ Gegen die Wohnungspolitik setzt sich das Aktionsbündnis „Wir wollen wohnen“ zur Wehr.

▶ Gegen die Kita-Politik hat es mehrere Petitionen bzw. Unterschriftenaktionen gegeben – sowohl mit Blick auf die Gebührenfreiheit als auch mit Blick auf die Personalausstattung. Selbst die Kirchen sind Sturm gelaufen – ein Novum bei einer konservativen Regierung.

▶ Auch gegen die Abschaffung der Stichwahl hatte sich ein Bündnis von „Mehr Demokratie“ gegründet.

▶ Gegen Straßenausbaubeiträge gibt es nach wie vor Bürgerinitiativen im ganzen Land.

▶ Noch nie war eine Landesregierung zur Halbzeit so unbeliebt.

Ein Überblick

Beispiel Wohnungspolitik:

- ▶ Großes Interesse an der Bekämpfung des Wohnungsmangels hat die Landesregierung bisher nicht erkennen lassen. Im Gegenteil: In seiner Regierungserklärung hat Ministerpräsident Armin Laschet die Wohnungsnot nicht mit einem einzigen Wort erwähnt. Seine Politik unterstreicht das. Die Zahl der vom Land geförderten Wohnungen ist im Vergleich zu 2016 um 34 Prozent gesunken: von 9.301 (2016) auf 6.159 (2018).
- ▶ Auch Menschen mit Behinderungen lässt Armin Laschet im Stich. Barrierefreiheit wird in neuen Wohnungen nicht Standard, sondern Luxus.
- ▶ Hinzu kommt: Schwarz-Gelb will mit der Abrissbirne durch das Mietrecht. Laut Koalitionsvertrag wollen CDU und FDP die landesrechtlichen Regelungen abschaffen. Ein starkes Aktionsbündnis von Deutschem Mieterbund, DGB und Sozialverbänden setzt sich dagegen zur Wehr.



das Mietrecht. Laut Koalitionsvertrag wollen CDU und FDP die landesrechtlichen Regelungen abschaffen. Ein starkes Aktionsbündnis von Deutschem Mieterbund, DGB und Sozialverbänden setzt sich dagegen zur Wehr.

Beispiel Bildungspolitik:

- ▶ Ausreichend Lehrerinnen und Lehrer gibt es nur an Gymnasien. An Grundschulen sucht man sie dagegen vergebens. Hierzulande fehlen rund 1.100 Grundschullehrerinnen und -lehrer. Jede 3. offene Stelle ist unbesetzt. Das ist dramatisch, und zeigt, welche Prioritäten diese Landesregierung setzt.
- ▶ Die längst überfällige Besoldungsanpassung auf A13 für Lehrkräfte an Grundschulen verweigert sie bis heute. Stattdessen will sich Bildungsministerin Yvonne Gebauer

auf 60 sogenannte Talentschulen konzentrieren. Wir fragen uns: Was sollen denn dann die anderen Schulen sein? Nach über zwei Jahren Regierungszeit ist auch der Zwischenstand beim Thema Ganztage enttäuschend: Die Landesregierung hat auch hier viel angekündigt und nichts getan. Es liegt immer noch kein Konzept zum offenen Ganztage vor. Unverändert ungewiss ist auch die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz. Hier ist die Landesregierung eindeutig in der Bringschuld.

Beispiel Familienpolitik:

- ▶ Ein zweites Kita-Jahr vor der Einschulung wird dank der Finanzmittel aus dem Gute-Kita-Gesetz von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey gebührenfrei. Und dann hört es auch schon auf mit dem Jubel. Denn durch die beschlossene Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) haben freie Träger weiterhin keine Sicherheit. Sie müssen bangen, dass Kommunen nicht mehr wie bisher freiwillig Trägeranteil übernehmen, da diese durch die Reform eine Mehrbelastung haben.
- ▶ Mehr als 80.000 Bürgerinnen und Bürger haben zudem an einer Petition für mehr Kita-Personal teilgenommen. Aber Familienminister Joachim Stamp wollte die Unterschriften nicht entgegennehmen. Wir haben sie ihm dann höchstpersönlich übergeben.

Beispiel Arbeitsmarktpolitik:

- ▶ Mit einem Entschließungsantrag im Bundesrat wollte die schwarz-gelbe Landesregierung das Arbeitszeitgesetz aufweichen. Ihr Ziel war die Ausweitung der Arbeitszeit und eine Kürzung der Ruhezeiten. Das war ein eindeutiger Angriff auf die Arbeitnehmerrechte in unserem Land. Nach zahlreichen Protesten ist die Laschet-Regierung im Bundesrat damit zu Recht krachend gescheitert.
- ▶ 15.000 sozialversicherungspflichtige Stellen für Langzeitarbeitslose wollte NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann im Jahr 2019 schaffen. Erreicht hat er knapp 12.000. Für jeden einzelnen Menschen, der dadurch neue Perspektiven erhalten hat, ist das ein großer Erfolg. Für den Minister, der stets gegen den sozialen Arbeitsmarkt war, ist das allenfalls ein Teilerfolg und zeigt, wie stiefmütterlich er das Projekt in Nordrhein-Westfalen umsetzt.

Beispiel Wirtschafts- und Industriepolitik:

- ▶ Mit ihren sogenannten Entfesselungspaketen wollten CDU und FDP die Märkte in NRW zum Fliegen bringen. Entfesselte Märkte sind aber die falsche Antwort auf die große Transformation, die unsere Wirtschaft und Industrie im Zuge des Klimawandels und der Digitalisierung zurzeit erleben. Risiken und Lasten werden damit bei den Arbeitnehmer*innen und Familien abgeladen statt sozialen Fortschritt für alle zu ermöglichen.

Beispiel Innen- und Umweltpolitik:

- ▶ „Null-Toleranz“ heißt die Strategie, die Innenminister Herbert Reul für die Arbeit seiner Polizei ausgegeben hat. Neue Robustheit und Härte sind die Maxime. Und die hat er auch walten lassen, als er im Spätsommer 2018 den Hambacher Forst mit dem größten Polizeieinsatz in der Geschichte des Landes räumen ließ. Unabhängig davon, dass er die Öffentlichkeit über seine wahren Motive bei der Räumung komplett im Dunkeln ließ und die Menschen in unserem Land hinter Licht geführt hat: Mit seinem Vorgehen hat Minister Reul Öl ins Feuer eines gesellschaftlichen Konfliktes gegossen. Anstatt zu vermitteln und zu befrieden, hat er diesen Konflikt noch verschärft und die Fronten härter werden lassen. Auch dieser Spalt geht auf das Konto der Landesregierung von Armin Laschet.
- ▶ Für Verwirrung hat Armin Laschet zusätzlich mit seinem ungeschickten Verhalten bei drohenden Diesel-Fahrverboten gesorgt. Mit ihm werde es sie nicht geben – so ähnlich hat er sich ausgedrückt. Die Verwaltungsgerichte haben ihm gezeigt, dass er bestehende Gesetze zu akzeptieren und umzusetzen hat. Nun muss die Landesregierung Fahrverbote in die Luftreinhaltepläne aufnehmen.

Beispiel Verkehrspolitik:

- ▶ Das Sozialticket abschaffen zu wollen, war eine vollkommen respektlose Idee. Das hat dann sogar Verkehrsminister Hendrik Wüst eingesehen. Allerdings erst auf massiven Druck durch Opposition und Öffentlichkeit.
- ▶ Azubis scheinen der Landesregierung weniger wert zu sein als Studierende: Denn das, was der Verkehrsminister als Modell für das Azubi-Ticket vorgelegt hat, ist nicht mehr als ein schlechter Witz. Das Semesterticket für Studierende kostet rund 50 Euro pro Monat. Azubis aber sollen bis zu 82 pro Monat zahlen. Damit hat die Landesregierung den Erfolg dieses wichtigen Projekts selbst infrage gestellt.
- ▶ Ach ja: Und die Staus werden immer länger..



- ▶ Die Abschaffung der Hygieneampel für Gastronomie und ein erleichtertes Gewerbeanmeldungsverfahren sollen den Tanker einer 700 Mrd.-Euro-Wirtschaft mit fast neun Millionen Erwerbstätigen in Schwung bringen?
- ▶ Ein verkorkstes Ladenöffnungsgesetz ist die Antwort der Landesregierung auf die Herausforderung der Digitalisierung im Handel: Statt bislang 4 sollen nun 8 mögliche offene Sonn- und Feiertage den stationären Einzelhandel gegen den 365-Tage-im-Jahr-Online-Handel schützen. Auch hier geht die Politik der Landesregierung wieder auf den Rücken der Arbeitnehmer*innen.
- ▶ Eine Milliarde Euro an Investitionen liegen in der Windenergie laut der Branchenangaben zurzeit auf Eis, weil die Landesregierung den Ausbau der Windenergie durch restriktive und rechtlich fragwürdige Abstandsregeln de facto zum Erliegen gebracht hat. So wird die Energiewende ausgebremst.

Straße saniert, Existenz ruiniert!

- ✗ Straßenausbaubeiträge sind unsozial
- ✗ NRW ist das vorletzte Bundesland, das überhaupt noch Beiträge erhebt.
- ✗ Immer mehr Städte und Gemeinden fordern die Abschaffung der Beiträge.
- ✗ Erhebung der Beiträge ist sehr personal- und kostenintensiv.
- ✗ Aufbau eines neuen Bürokratiemonsters

#PolitikFürWenige

Beispiel Straßenausbaubeiträge:

- ▶ „Freibier für alle“ – so hat der CDU-Fraktionsvorsitzende Bodo Löttgen das berechtigte Anliegen zahlreicher Bürgerinnen und Bürger bezeichnet, die ungerechten Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Fast 500.000 Menschen in NRW haben eine Volksinitiative des Bunds der Steuerzahler zur Abschaffung dieser Beiträge unterschrieben. 500.000 Menschen, die von dieser Landesregierung ungehört geblieben sind.
- ▶ Straßenausbaubeiträge betreffen Viele. Nicht selten bedeuten sie den finanziellen Ruin. Deshalb haben sich überall im Land Bürgerinitiativen gegen Straßenausbaubeiträge gegründet. Aber die sogenannte „Heimatministerin“ Ina Scharrenbach hat für die Menschen nur „mehr Information“ und ein bürokratisches Förderprogramm übrig. Dafür gönnt sie ihrem Ministerium sogar 1,25 Mio. Euro jährlich für zusätzliche Verwaltungskosten. Die Kommunen aber schauen in die Röhre. Auch so macht man den Spalt nicht kleiner, sondern größer.

Wenn Ministerpräsident Laschet mal wieder zu viel Zeit hat, mutiert er auf Twitter zum Schimpf-Armin.

Zum Ende des vergangenen Jahres regte er sich über ein Lied eines Kinderchores auf, was ihm den Jubel der rechten Szene sicherte. Tagelang beschäftigten sich Journalisten mit der Frage, ob die persönliche Klimabilanz der fiktiv auf einem Motorrad durch einen Hühnerstall fahrenden Omas noch in Ordnung ist oder nicht. Dafür von uns kein Danke, Herr Laschet.

Wir geben ihm an dieser Stelle gerne Nachhilfe, wem solche Pseudodebatten eigentlich nützen und warum Demokraten nicht darauf einsteigen sollten.



7 Punkte: So funktionieren rechte Netzwerke im Netz

Als größte Oppositionsfraktion haben wir natürlich auch eine gewisse Fürsorgepflicht gegenüber dem Ministerpräsidenten. Die nachfolgenden Punkte sollte er sich deshalb am besten als Spickzettel ausdrucken. Damit er demnächst in die richtige Ecke springt, wenn Björn Höcke und seine Truppe wieder zum Elfmeter antreten.

1 Rechtsextreme sehen sich im „Info-Krieg“

Wer glaubt, was in den sozialen Netzwerken geschieht, sei dadurch, dass man selbst dort nicht vertreten ist, larifari, verkennt, welche Dynamiken heute zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen. Ein in rechtsextremen Kreisen beliebtes Online-Portal zur Verbreitung von Verschwörungstheorien trägt nicht ohne Grund den Namen „InfoWars“. Extremisten geht es darum, ihre Themen mit manipulativen Methoden auf die Agenda zu bringen. So wurde im vergangenen Jahr ein einschlägiges „Handbuch für Medienguerillas“ bekannt, in dem Demokratiefinde aufgefördert werden: „Du willst bei Diskussionen nicht Deinen Gegner überzeugen (...), es geht um das Publikum.“

2 Scheinriesen-Propaganda

Extremisten arbeiten systematisch mit erfundenen Profilen, sogenannten Troll-Accounts. Diese Pseudonyme sind um ein Vielfaches aktiver als normale Social-Media-Nutzende und suggerieren, dass man es mit einer gigantischen Bewegung zu tun hat. Was aber nicht der Fall ist! Lediglich fünf Prozent aller Accounts sind im Verlauf politischer Diskussionen für 50 Prozent der Likes bei Hass-Kommentaren verantwortlich. AfD-Jugend und „Identitäre Bewegung“ haben solch ein Verhalten in Troll-Fabriken organisiert. Rechte Anwarter mussten Online-Bewerbungsgespräche absolvieren, die Mitglieder des Netzwerkes wurden täglich mit Aufgaben ausgestattet und auf bestimmte Debatten oder Zielpersonen angesetzt.

3 Trial and Error

Rechte Trolle stürzen sich vereinzelt mit künstlicher Empörung auf sämtliche öffentliche Aussagen oder Auftritte – solange es sich für ideologische Zwecke eignet. Sie greifen dabei oft zu Beleidigungen und drastischen Vergleichen, um Aufmerksamkeit zu erzeugen. Sobald rechte Netzwerke registrieren, dass die Empörung größere Kreise zieht, werden erste Multiplikatoren in die Debatte eingesetzt. Je größer die Aufmerksamkeit, desto mehr Trolle zieht die Diskussion an.

4 Die AfD ist strategisch in rechte Kommunikationsnetzwerke vernetzt

Die AfD-Fraktion in NRW beschäftigt Personen, die eine solche Logik bedienen können. Medienberichte zeigen personelle Verbindungen auf zu Rechtsaußenmedien wie „Arcadi Magazin“, „Eigentümlich frei“, „Blaue Narzisse“, „Junge Freiheit“ oder „Sezession“ sowie zur „Identitären Bewegung“.

5 Rechte Propaganda benutzt Demokraten als Türöffner

Sehr häufig sind die Aktivitäten der rechten Troll-Accounts auch nicht erfolgreich. Ihr organisierter Hass versickert dann von einer großen Öffentlichkeit unbeachtet in digitalen Kommentarspalten. Auftrieb erhalten sie immer dann, wenn Medien und Politiker auf ihre Masche hereinfallen und aus einer gespielten Empörung eine echte Empörung machen. Ein Negativbeispiel ist hier Armin Laschets Verhalten auf Twitter zum Lied eines Kinderchores – siehe oben. Die Rechten konnten sich freuen, dass ihre Rechnung aufging.

6 Vernunft ist keine Kategorie

Rechtsextreme Netzwerke vereinen auch Menschen mit ganz obskuren Ideen und Vorlieben: Leute, die glauben, die Bundeskanzlerin sei eigentlich eine Echse. Personen, die den Glauben pflegen wollen, die Erde sei flach wie eine Pizza. Und diejenigen, die glauben, Alice Weidel wolle etwas gegen Altersarmut tun. Wer glaubt, hier mit wissenschaftlichen Argumenten Überzeugungsarbeit leisten zu können, liegt falsch. Verschwörungstheorien funktionieren emotional. Ihre Anhängerinnen und Anhänger gründen Gemeinschaftsgefühle gerade dadurch, dass sie sich im geschützten Raum etablierten Normen widersetzen können.

7 Aus Hetze entsteht Gewalt

Straftäter aus dem rechten Spektrum, die anschließend nach Tatmotiven für Gewalttaten befragt werden, geben immer wieder an, dass sie davon überzeugt sind, im Interesse der stillen Mehrheit gehandelt zu haben. Die Morde an Walter Lübcke, Jo Cox, der Terror des NSU, die Drohungen gegen Lokalpolitiker und Journalisten zeigen in erschütternder Weise, dass heute Hetze wieder zu Gewalt führt. Demokratinnen und Demokraten sind tagtäglich aufgerufen zu zeigen: **Wir sind mehr.**

IMPRESSUM

Herausgeber

SPD-Fraktion im Landtag NRW
V.i.S.d.P. Sarah Philipp MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Verantwortlicher Redakteur

Andreas Hahn
Leiter der Öffentlichkeitsarbeit
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Bezugsadresse

SPD-Fraktion im Landtag NRW
Pressestelle, Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

oder unter

 SPD-Fraktion@landtag.nrw.de

 www.spd-fraktion.nrw

 twitter.com/spd_fraktion_nw

 facebook.com/spdfraktionnrw

Druckerei

oeding print GmbH
Erzberg 45, 38126 Braunschweig

Gestaltung

V-FORMATION – Agentur für
visuelle Kommunikation GmbH

Bildnachweise

Seite 2,5,7,10,15,16,18,21,22,24,25 (SPD-Fraktion)

Seite 8,9 (privat)

Seite 31 (Twitter, Screenshot)

Alle Rechte vorbehalten. Eine Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck (auch auszugsweise) der Texte und Bilder, auch für innerbetrieblichen Gebrauch, ist nur mit ausdrücklicher vorheriger Zustimmung der SPD-Fraktion im Landtag NRW gestattet.

Diese Veröffentlichung der SPD-Fraktion im Landtag NRW dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Stand: Januar 2020